

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Fajerm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Altestraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonelleile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **495000** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Aus der Berliner Metall- und Maschinenindustrie.

Die Berliner Handelskammer veröffentlichte den zweiten umfangreichen Teil ihres Jahresberichts für 1910, der auch für uns einige beachtenswerte Partien enthält.

Dazu gehört vor allem die statistische Uebersicht über den Export an Maschinen, elektrotechnischen Erzeugnissen und Fahrzeugen, der gegen 1909 eine erhebliche Steigerung erfuhr, in der der Bericht mit Recht einen schönen Beweis der Leistungsfähigkeit der deutschen Maschinen- und elektrotechnischen Industrie erblickt. Die Exportstatistik der beiden letzten Jahre bietet folgendes Bild:

	1910	1909
Maschinen	464951000	384298000
Elektrotechnische Erzeugnisse im Werte von	217803000	180904000
Fahrzeuge	136226000	117567000
also im Jahre 1910 mehr	80658000	36899000

Die Ausfuhr dieser drei Gruppen ist an sich schon bedeutend, die Steigerung aber, die sie im Berichtsjahr erfuhr, darf als eine geradezu gewaltige bezeichnet werden; beträgt sie doch 137,4 Millionen und erscheint so die Konkurrenzfähigkeit dieser Branchen auf dem Weltmarkt in glänzender Weise.

Bescheiden ist gegenüber dem Export die Einfuhr an sich und auch ihre weitere Erhöhung, die sie im Jahre 1910 erfuhr und die sich übrigens nur auf die Maschinenbranche erstreckte, wogegen die beiden übrigen Branchen einen Rückgang des Imports aufzuweisen. Die Einfuhrverhältnisse waren demnach folgende:

	1910	1909
Maschinen	65687000	63516000
Elektrotechnische Erzeugnisse	7491000	7785000
Fahrzeuge	24708000	30197000
also im Jahre 1910 mehr	2171000 weniger	304000 weniger

Aus der Darstellung der Verhältnisse der einzelnen Branchen mag nur einiges wichtige hervorgehoben werden. So wird über den allgemeinen Maschinenbau berichtet, daß sich die Geschäftslage im Laufe des Jahres verbesserte, um dann aber im November und Dezember, wie alljährlich um diese Zeit, wieder etwas abzuschwächen. In bezug auf die Verschärfung der Konkurrenz wird konstatiert, daß die Elektrizitätsindustrie immer mehr in das Gebiet der Maschinenindustrie eingreift. Sie hat sich in neuerer Zeit noch des Dampfmaschinenbaus und des Pumpenbaus in großem Stil bemächtigt, so daß sich der Kraftmaschinenbau gewöhnlich nicht einmal auf Arbeitsgebiete überzugehen, die sich früher in Händen einzelner Spezialfirmen befanden.

Ungünstig lagen die Verhältnisse im Lokomotivenbau. Der preussische Staat hielt mit Bestellungen zurück, so daß mehr noch als sonst die hiesigen Fabriken darauf angewiesen waren, Aufträge, deren sie bedürfen, um ihrer Produktionsfähigkeit zu genügen, auf dem Auslandsmarkt zu suchen. Hier standen sie aber nicht nur mit den anderen deutschen Lokomotivfabriken, sondern auch mit den ausländischen Werken, bei denen die Verhältnisse ähnlich lagen, in Wettbewerb, und es entspann sich bei allen Objekten ein solcher Kampf, daß Preise zustande kamen, bei denen von Gewinn überhaupt keine Rede war, in vielen Fällen außer Materialkosten und Löhnen nicht einmal alle Generalunkosten gedeckt wurden. Da eine Reihe fremder Staaten, in denen bisher noch keine Lokomotivindustrie bestanden hat, darauf ausgeht, sich vom Ausland freizumachen und eine eigene Industrie zu gründen, muß man der weiteren Entwicklung des einheimischen Lokomotivgeschäftes mit einer gewissen Besorgnis entgegensehen.

Aus der Werkzeugmaschinenbranche, die im Berichtsjahr ebenfalls besser beschäftigt war als 1909, kommen lebhaftest Klagen über die allenthalben an den fremden Landesgrenzen aufgerichteten hohen Zollschranken, die den Export stark behindern und die daher auf dem Wege der Handelsverträge abgetragen werden sollten. Ein nicht unbedeutendes Hindernis für den Auslandsverkehr besteht auch darin, daß die Zollbehörden einiger Staaten die Einfuhr von Katalogen, Prospekten und ähnlichem Propagandamaterial mit hohen Zöllen belasten.

Konsequenterweise mußten nun die deutschen Maschinenfabrikanten mit der Agitation für den „Abbau“ der Zollschranken an der deutschen Grenze selbst den Anfang machen und das um so mehr, als es ja gerade das Deutsche Reich war, das mit seiner extremen Hochschutzzollenerlei den meisten anderen Staaten erst das böse Beispiel für die industriell-agrarische Ausbeuter- und Wucherpolitik gegeben hat.

Die Fabrikation landwirtschaftlicher Maschinen hatte, wie im Vorjahr, einen lebhaften Umsatz zu verzeichnen, wozu allerdings weniger das Inlandsgeschäft als die Nachfrage des Auslandes beitrug. Die Konkurrenz auf dem heimischen Markt ist überaus scharf; hier macht sich in verstärktem Maße, namentlich soweit Erntemaschinen in Betracht kommen, der Wettbewerb der amerikanischen Industrie bemerkbar.

Das Geschäft in Legiermaschinen war besser und verließ gleichmäßig als im Vorjahr; die Steigerung des Gesamtumsatzes wird auf etwa 20 Prozent geschätzt, wobei zu bemerken

ist, daß namentlich gegen Ende des Jahres der Verkehr sich lebhaft entwickelte. Der Hauptteil des vergrößerten Umsatzes entfällt auf den Export; Rußland, Frankreich, Belgien, Brasilien u. traten als Käufer auf, während die Vereinigten Staaten, die sich mit hohen Zöllen geschützt haben, wiederum wenig abnahmen.

Schlecht stand es mit dem Absatz an Maschinen für die Zündholzfabriken, die unter den unheilvollen Wirkungen des Zündholzsteuergesetzes schwer leiden. Der etwas bessere Absatz nach dem Ausland ließ den Ausfall im deutschen Geschäft nicht ganz wettmachen, zumal der scharfen Konkurrenz wegen höhere Abschlässe nur zu wenig nutzbringenden Preisen getätigt werden konnten. Namentlich flott war das Geschäft nach Österreich-Ungarn, wo, infolge der bevorstehenden Einführung des Phosphorverbots und der Erwägungen, die in hiesigen Regierungskreisen wegen Einführung eines Zündholzmonopols oder einer Zündholzsteuer geflogen wurden, noch eine Reihe von Neueinrichtungen vorgenommen wurden; doch dürfte der Bedarf nunmehr für eine Reihe von Jahren gedeckt sein, so daß für die Zukunft der Export von Zündholzmaschinen dochhin voraussichtlich ein sehr geringer sein wird. Einen bedeutenden Rückgang erfuhr der Absatz nach Rußland, wo eine ziemlich erhebliche Ueberproduktion in Zündholzgeräten besteht.

Gut entwickelt hat sich die Motorwagenindustrie, die nun nach Bedienung des hauptsächlichsten Inlandsbedarfs in erhöhtem Maße den Export pflegt.

Auch das Waffen- und Geschützgeschäft verließ im allgemeinen befriedigend. Der Großindustrie floßen wieder umfangreiche Reglementaufträge zu und der Handel „arbeitete“ meist mit Erfolg, wenngleich es in der Luxuswaffenbranche nicht an Klagen über scharfe Konturen und Minderung des Absatzes fehlt.

Mehrfach werden auch die „Arbeiterverhältnisse“ berührt. So heißt es darüber im Bericht über die Werkzeugmaschinenbranche: „Eine Verbesserung der Arbeitslöhne blieb nicht aus. Durch den Streit der Metallarbeiter wurde das Geschäft ungünstig beeinflusst; die Werften schränkten ihre Nachfrage nach Werkzeugmaschinen ein, und die Aussicht auf eine Aussperrung aller Metallarbeiter lähmte den Unternehmungsgeist auch in anderen Gewerben, welche für Werkzeugmaschinen in Betracht kommen.“ Man ersieht daraus die tiefgreifenden Wirkungen der unersichtlichen und unnachgiebigen Taktik der „Herren im Hause“, die noch immer vermerken, unter Mißachtung der organisierten Arbeiterkraft mit dem Kopfe durch die Wand fahren zu können. Der empfindliche Anprall der harten Unternehmertöpfe hat freilich öfters die gute Folge, daß die schlummernde Vernunft geweckt wird und die Herren dann nachgiebig und entgegenkommend gestimmt werden.

Aus der Branche der Metallschrauben- und Fasson-dreherei wird berichtet: „Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wurde durch Streitigkeiten gestört, die mehrfach zur Arbeitsniederlegung führten. Von einer größeren Fabrik werden uns nachstehende Stundenlöhne angegeben, die bei wöchentlich 48 Arbeitsstunden von durchschnittlich 54 Stunden verdient wurden: Automatenlöhne 70 bis 80 S., Schraubendrehen 60 bis 70 S., Fasson-drehen 60 bis 65 S., Hilfsarbeit an Maschinen 60 bis 70 S., Werkzeugmaschinen 60 bis 70 S., allgemeine Arbeit 40 bis 60 S. Diese Stundenlöhne sind noch sehr verbesserungsbedürftig.“

Aus der Branche der Goldschmuck- und Tresoranlagen wird berichtet: „Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer war zeitweise gespannt. In Anbetracht dieser Tatsache muß man die Aussicht auf das kommende Geschäftsjahr recht vorsichtig bewerten.“ Die „Spannung“ im Arbeitsverhältnis läßt sich sehr leicht lösen, wenn sich die Unternehmer jenseits über die fortschrittliche weitere Ausgestaltung der Arbeits- und Lohnverhältnisse, wie sie die steten Veränderungen notwendig machen, mit den Arbeitern friedlich und vernünftig verständigen.

Die Internationale Hygieneausstellung in Dresden.

Die durch die Ablehnung der Heimarbeitersausstellung der Generalkommission in allen sozial denkenden Kreisen eine so traurige Berühmtheit erlangt hat, wurde am 6. Mai unter dem üblichen Brindorium in halbfeiertaglichem Zustand eröffnet. Die schönen Reden, die da geschwungen worden sind, täuschen nicht darüber hinweg, daß der in allen Klameantündigungen angegebene Zweck nicht erfüllt worden ist, nicht erfüllt werden konnte, nachdem man die Kreise von der Beteiligung ausschloß, die am ehesten in der Lage wären, sachverständigen Ausschluß über schlimme sozialhygienische Mißstände und Gefahren und Mittel zur Abhilfe zu geben.

Es ist ja allerdings bekannt, daß daran weniger das Ausstellungskomitee als vielmehr die sächsischen Regierung, die hier vollständig unter dem Einfluß der industriellen und agrarischen Schatzmacher gestanden hat, die Schuld trägt. Hat sie doch in ihrer Polemik mit den sächsischen Konservativen, denen sie immer noch nicht arbeiterfeindlich und reaktionär genug ist, sich sogar ihrer Verhinderung der Heimarbeitersausstellung gerühmt als Beweis, daß sie nicht der Sozialdemokratie entgegenkomme.

Ueber den Zweck der Ausstellung sagte der Kommerzienrat Lingner (Dresden), dessen Initiative diese Ausstellung ihr Dasein verdankt: „Sie solle den Gedanken bewirklichen, der alle hervorragenden Hygieniker schon seit Jahren bewegt, den Gedanken, die Lehren der Gesundheitspflege in die weitesten Kreise des Volkes zu tragen, dem Menschen zum Bewußtsein zu bringen, daß die Gesundheit der Menschheit menschlichen Glückes, Körperlichen und sittlichen Wohles ist und ihm eindringlich anzurufen, daß es in der Macht eines jeden liegt, seinen Gesundheits- und Kräftezustand zu

erhalten und zu erhöhen. Wer sich mit Liebe dem Studium der Hygiene, besonders der Sozialhygiene hingibt, wird bald von der Ueberzeugung durchdrungen sein, daß noch ganz ungeheure Schätze an Kraft und Leben in der Tiefe der Menschheit verborgen liegen, und daß diese zur Lage gefördert werden können, wenn es gelingt, den Stand der allgemeinen Gesundheit zu heben.“

Ganz schön gesagt, aber dazu gehören vor allem auch die sozialen Möglichkeiten, Betriebsstätten, die den möglichen gesundheitlichen Anforderungen entsprechen; dazu gehört vor allem die Aufhebung der mörderischen Heimarbeit. Und vor allem gehört dazu die Förderung der Bestrebungen der Arbeiter, vor allem der Gewerkschaftsbewegung.

Wenn man statt der Darstellung der „Wohlthaten“ der Unternehmer oder daneben wenigstens die Leistungen der Gewerkschaften auf dem Gebiet der Sozialhygiene durch Verbesserungen der Lebenshaltung, Durchführung der allerdings ungenügenden gesetzlichen Arbeiterchutzbestimmungen, die Zahlen der erlangten Lohnsummen, der erkämpften Arbeitszeitverkürzung in großen Betrieben dargestellt hätte, dann würde das Bild objektiver. So hat man sich in der Hauptsache bemüht, die vorkommenden Krankheiten, auch die Gewerkerkrankheiten zum Teil, an Präparaten und Abbildungen zwar darzustellen, aber wie sie entstehen sind, davon sieht man nichts. Nichts von der gewaltigen Arbeit, die die Gewerkschaften auf dem Gebiet der Sozialhygiene geleistet haben. Über dadurch hätte ja vielleicht die „Begehrlichkeit“ in die Beobachtung getragen werden können. Und der Festredner, Kommerzienrat Lingner, hat zur Beruhigung ängstlicher Gemüter zu erwidern für notwendig gehalten, daß die persönliche Gesundheitspflege die wohlfeilste Kunst sei. Gerade der Wohlstand sei oft die Quelle körperlichen Unbehagens und körperlicher Gebrechen. „Um gesund zu sein, muß man arm sein!“ Da müßten ja wohl die Arbeiter die gesündesten Menschen der Welt sein und es ist schwer einzusehen, woher denn all die furchtbaren Berufskrankheiten kommen, die in der Ausstellung ja — allerdings nur zum Teil — aufgezeigt werden und die furchtbare Verbreitung der Augenüberulose, die ja auch in der Ausstellung in Tabellen und an graphischen Darstellungen gezeigt wird und ja wohl keine Folge der Wohlhabenheit ist. Gewiß ist das Schlimmste, das vielen Menschen durch die Arbeit anderer ermöglicht wird, eine Ursache vieler Gesundheitsstörungen, aber die Massenarmut und die Unterernährung ist doch wohl der umfassendste Nährboden für die mannigfaltigsten Krankheiten.

Solche Ausführungen scheinen uns nicht recht angebracht bei der Eröffnung einer Hygieneausstellung.

Wenn man nun diese durchwandert, so muß man ja zugestehen, daß sie rein äußerlich genommen ein imposantes und einheitliches Bild bietet. Sachverständige loben diese Einheitlichkeit und Uebersichtlichkeit der ganzen Anlage. Die Gebäude sind in einfachen und edlen Linien gehalten, Platz ist zwischen ihnen in genügendem Maße vorhanden. Die Parkanlagen des Großen Gartens bieten eine prächtige Umrahmung des Ganzen.

Als Anlage für sich oder nur in losem Zusammenhang mit der Ausstellung ist eine Abteilung für Sport und Spiel, in der sich ein großer Sportplatz befindet, auf dem in bunter Folge allerlei Sportkuren ausgetragen werden sollen. Dort befindet sich auch ein abseitiges Dorf. In engstem Konnex mit der eigentlichen Ausstellung ist ein in verhältnismäßig bescheidenen Grenzen gehaltener Vergnügungspark vorhanden, in dem sich die vom Ansehen menschlichen Glanzes ermüdeten und angegriffenen Besucher erholen können, wenn sie über genügend Mammon verfügen. In einer besonders prächtigen Allee, rue des nations (Straße der Nationen) getauft, die sonstige Verweilallee des Großen Gartens, befinden sich die Pavillons der verschiedenen Staaten und bilden den Hauptanziehungspunkt für die Besucher, die lediglich zum Vergnügen Ausstellungen besuchen oder Interessantes dort zu sehen hoffen. Sogar das barbarische Ausland hat dort offiziell ausgestellt. Freilich bekommt man nichts von den unheimlichen hygienischen Zuständen der russischen Gefängnisse und der zur Skatoga verdammten unglücklichen Freiheitskämpfer zu sehen. Es sind in der Hauptsache Ausstellungen der russischen Universitäten und des Roten Kreuzes. Einige dieser ausländischen Pavillons sind noch gar nicht fertig. Ergibt etwas, was Ausschluß gibt über die sozialen Zustände der Länder, wird man nicht zu sehen bekommen.

Die Haupthalle der Ausstellung, die mit der goldenen Inschrift „Der Mensch“ bezeichnet ist und in der alles, was auf die Hygiene des Menschen Bezug hat, zusammengetragen ist, ist der populäre Teil der Ausstellung und deren Mittelpunkt. Man kann darin an unzähligen Präparaten, Modellen und Bildern studieren, wie der Mensch und seine Organe innerlich und äußerlich beschaffen ist. Alle Krankheiten sind dort dargestellt und bieten, wenn auch kein ästhetisches, so doch ein lehrreiches Bild. Die Prädikate feiert selbst in dieser sonst ernst zu nehmenden Ausstellung ihre lächerlichen Krumphöhe. Auf einer Menge von Bildern sind die verschiedenen Lebensalter des männlichen und weiblichen Menschen dargestellt. Während alle anderen Figuren vollständig nackt dargestellt sind, hatten diese bei den höheren Semestern der Weiblichkeit schamhaft ein Tuch um die Stelle, die sonst meist durch ein Fetzenblatt angezeigt wird.

In einem besonderen Pavillon hat die Arbeiterversicherung ausgestellt. Auf Anregung des Reichsversicherungsamts. Die Leipziger, Dresdener und die Düsseldorfster Krankenkasse sind der Aufforderung gefolgt. Die Krankenkassen zeigen, was sie geleistet haben im sozialen Ausbau, das heißt in Mehrleistungen. Auf Tabellen sind die Leistungen dargestellt. Ganz besonders bemerkenswert ist die Konvalenszentenpflege in prächtigen Genesungsheimen dargestellt. Gerade dieser Teil der Ausstellung ist eine

Klassische Ohrfeige für die Feinde der Selbstverwaltung der Arbeiterklassen, die gegenwärtig am Werke sind, diese zu befeitigen.

In manchen Arbeiterkreisen wird die Beteiligung der unter dem Einfluß organisierter Arbeiter stehenden Klassen Verbündeten erregen nach dem Affront, der den Gewerkschaften durch die Ablehnung der Heimarbeit ausstellung angetan worden ist. Es muß demgegenüber aber darauf hingewiesen werden, daß die Arbeiterklassen sich vor dem Scheitern der Heimarbeit ausstellung schon dem Reichsversicherungsamt gegenüber festgelegt hatten und daß eine Aufhebung des Beschlusses nicht mehr möglich war, wollte man nicht auch hierdurch den Feinden der Arbeiter aufs neue Gelegenheit zu Verhöhnungen geben. Schließlich sind doch die Arbeiterklassen neutraler Boden, auf dem Arbeiter und Unternehmer zusammenwirken.

Ganz interessant und wissenschaftlich wertvoll ist auch die im früheren Hauptgebäude der Ausstellung untergebrachte historische ethnographische Abteilung. Interessant schon um deswillen, weil das Material meistens in plastischer Darstellung gezeigt wird. In einer anderen Halle sieht man Städtehygiene, Wasserwerke z., auch zum Teil in der Hand von in Tätigkeit befindlichen Modellen. Ebenso Gartenanlagen, Arbeiterhäuser z.

Und dann eine unendliche Menge von allen möglichen Waren ausstellungen von Geschäften. Alles, was sich nur irgendwie, sei es auch in noch so künstlicher Weise, mit der Gesundheitspflege in Zusammenhang bringen läßt — und was gibt es da überhaupt bei einigermaßen lebhafter Kombination —, wird gezeigt und angepöbeln, so daß man die Bezeichnung „Großer Jahrmarkt“ trotz des ersten Eindruckes der Ausstellung nicht als ganz falsch bezeichnen kann. Wie es heißt, müssen die zu diesem Jahrmarkt zugelassenen Geschäftsleute gehörig bluten. Dingner hat sicher den Ehrgeiz, die Ausstellung finanziell gut abzurufen und ohne das übliche Klaffende Defizit auszulassen. Ob ihm das gelingt? Wer kann's wissen. Gelobt wird eine ungeheure Flut von Fremden nach Dresden kommen. Es gibt ja eine so große Menge Menschen auf der Welt, die nichts zu tun haben, und Dresden ist ja auch sonst mit seiner herrlichen Umgebung ein beliebtes Reiseziel. Außerdem sind schon an die 350 Kongresse für die Ausstellungszeit angemeldet. Da wird es auch an Besuchern nicht fehlen. Ob aber auch der eigentliche und angelegentlichste Zweck der Ausstellung erreicht wird, die Menschen mit sozialem und hygienischem Verantwortlichkeitsgefühl zu erfüllen und vor allem die Volkshygiene zu popularisieren, das möchten wir billig bezweifeln. Zu tief liegen die Ursachen der schlimmsten hygienischen Zustände, der Volkskrankheiten z. in den sozialen Zuständen unserer „herrlichen“ Gesellschaftsordnung begründet. Ja, wenn Volkshygiene nichts kostete! Wenn die Mittel nicht von den Herrschenden für unhygienische und unethische Zwecke verschwendet würden, wenn nicht die gesundheitsmäßige Lebensweise eine Sache des Geldbesitzes wäre!

So wird auch für den Arbeiter und ersten Sozialpolitiker, wenn er Gelegenheit hat, diese Ausstellung zu besuchen, die einzige Anwendung sein: die Hoffnung auf Besserung der dort gezeigten schlimmen Folgen unhygienischer Zustände, dem diese selbst werden ja nicht gezeigt aus Rücksicht auf die Interessen der Unternehmer. Die Organisation der Arbeiterklasse ist es, die durch ihre natürliche Tätigkeit auf diesem Gebiet mehr geleistet hat als alle Ausstellungen leisten können.

Die Internationale der Überchristen.

Es. Im Sommer 1908 tagte bekanntlich in Zürich eine internationale Konferenz christlicher Gewerkschaftsführer. Die deutschen Herren Wiesner, Schiffer, Wieber und Gassen hielten Ort und Zeit für günstig, der Welt kund zu tun, was für Zeitfächer die Männer an der Spitze der christlichen Gewerkschaftsbewegung in Deutschland seien. Sie promovierten die „Unabhängigkeit“ und „Selbstständigkeit“ ihrer Organisationen, riefen den Bischöfen ihr „Bis hierher und nicht weiter“ zu und sagten erneut mit erhöhter Entschiedenheit den katholischen Fachabteilungen, den Bischöfen der Herren Döpp in Breslau und Romm in Liria, der Vermittlungskampfen an. Wir wissen, daß der Romanismus der christlichen Selbsten von Zürich nicht lange vorgehalten hat. In Höhe angekommen, winkelten sie bei den Emancipierten um Abhilfe, und als Ende voriges Jahres der Pöpp ihnen befohl, daß sie in Zukunft sein säuberlich mit den Fachabteilungen umgehen und diese von besonderer Güte der kirchlichen Autorität bestellten Organisationen christlich brüderlich lieben sollten, da haben sie nicht mehr zu mucken gewagt. Als gehorame Katholiken, als treue Söhne ihrer Kirche haben sie Gehorsam gelobt und den Kampf gegen die Fachabteilungen eingestellt, die sie ein Jahrzehnt lang als Streikbrecherorganisationen, als Arbeiterverräter behandelt und in Wort und Schrift, mit Einschließen, Hierarchen und anderen Klassen christlicher Nächstenliebe zu vernichten versucht haben. Und den Ueberchristen an Entladung, den die Einstellung des Kampfes mit den Fachabteilungen freigegeben hat, lassen sie jetzt in der Beschränkung

der Sozialdemokratie, in Streikbruch und anderen Verrätereien und in Anbiederung beim Unternehmertum und der Regierung ausleben. Das ist das Ergebnis der christlichen Internationalen vom Jahre 1908!

Dieser Tage waren in Paris die Vertreter der wahrhaft katholischen Arbeiterbewegung, die Leute von der Richtung der deutschen Fachabteilungen und ähnlicher kirchlich-sozialer Organisationen zu einem internationalen Kongress zusammen. Während die Internationale der Christlichen damals in Zürich aus einem einzigen Säufchen von 30 bis 40 Mann bestand, die hinter verschlossenen Türen tagten, waren auf dem Kongress der Internationalen der Ueberchristen 300 bis 400 Personen anwesend, meistens Leute von hohem kirchlichen oder bürgerlichem Stande: Grafen, Prälaten, Professoren, Politiker z. Und während in Zürich den Bischöfen in Gewerkschaftsfragen der Stuhl vor die Türe gesetzt wurde, besand sich hier der Erzbischof von Paris in allerhöchster eigener Person unter den Versammelten und erteilte — wie das Fachabteilungsblatt, der Arbeiter (Berlin) hervorhebt, nach einer überaus wohlwollenden und ermutigenden Ansprache den Segen. Vor allen Dingen war — wie das genannte Blatt weiter bemerkt — die große Einigkeit der Versammlung hervorzuheben. Kein Mißton fürte die Harmonie. Alle waren von dem Gedanken durchdrungen: die soziale Frage, insbesondere die Arbeiterfrage, findet ihre Lösung nur auf dem Boden der wahrhaft christlichen Lehren, die uns die katholische Kirche kraft ihres göttlichen Berufes vermittelt, erklärt und sicherstellt. Und aus dem Bewußtsein und dem Geiste dieser Einmütigkeit erwuchs eine freudige Stimmung: die Vertreter der verschiedensten Länder erkannten sich wieder als Söhne derselben Mutter, der Kirche, als Brüder, die von den gleichen Idealen befeuert, von den gleichen Kämpfen der Zeit zusammengeführt, zu dem gleichen Ziele hinstreben: der Erneuerung der Gesellschaft nach wahrhaft christlichen Grundsätzen!

In den Verhandlungen kamen die Grundsätze zum Ausdruck, wie wir sie zur Gedulge aus den Kundgebungen und Bestrebungen der Fachabteilungen kennen: die wirtschaftlichen Fragen hängen aufs engste mit der Moral zusammen, wie sie für die katholische Welt im christlichen Sittengesetz niedergelegt ist. Güter und Verhältnisse des christlichen Sittengesetzes ist die Kirche, und darum darf der katholische Arbeiter seine wirtschaftlichen Bestrebungen nur im engsten Zusammenhang mit der Kirche, unter ständiger Aufsicht und Leitung durch die kirchliche Autorität, durch die von den Bischöfen dazu bestimmten Geistlichen verfolgen. In diesem Sinne sagte der Vorsitzende des internationalen Kongresses der Ueberchristen: „Wenn es wahr ist, daß im ganzen genommen die soziale Frage eine Moralfrage und folgerweise eine religiöse Frage ist, trifft dies dann nicht gerade in der Hauptfrage des gegenwärtigen sozialen Problems zu, das alle anderen an Bedeutung übertrifft: im Problem der Organisation der Arbeit? Dieses Problem bleibt unlösbar, solange man nicht zur Ergänzung der menschlichen Anstrengungen auf eine göttliche Kraft, auf die Religion zurückgreift. Auf die Religion sagen wir. Also auf die Kirche, welche in der glänzenden Fülle ihres Lehramtes als die berufene Hüterin der natürlichen Moral nicht minder als der geistlichen erscheint; auf die Kirche, welche das göttliche Gebot wiederholt: „In der Schweige deines Angesichts sollst du dein Brot essen“, und welche die höheren Gesetze der menschlichen Betätigung lehrt, ewige Grundsätze, die alle Arbeit durchdringen, mag sie auch noch so materiell und unedelmütig sein.“

So unfruchtbar und verberbtlich dieser Gedankengang auch ist, man kann ihm die Folgerichtigkeit nicht absprechen, wenn man einmal zugestimmt, daß die Religion mit dem Wirtschaftsleben etwas zu tun hat. Diese Voraussetzung machen ja auch die christlichen Gewerkschaften, aber sie sind in der Anwendung dieses Grundsatzes nicht konsequent, sie bleiben auf halbem Wege stehen und kommen so aus den Widersprüchen, den Wirrnissen und den Auseinandersetzungen nicht hinaus. Und in diesem Sinne hatte der Vorsitzende des internationalen Kongresses der Ueberchristen recht, wenn er sagte: „Auch muß man beachteten, mit welchem Mut der Verachtung die Anhänger der Gewerkschaften, welche sich von einer Idee leiten lassen, die rein bürgerlich-naturale Gewerkschaft einigiger Bekämpfer von kurzen Gedanken ansehen, die zaudernd zwischen dem katholischen Ideal und der revolutionären Chimäre stehen bleiben. In ihren Augen erregt dieses Gewerkschaftsdenken ohne Seele und Tragweite, ler von jeder prinzipiellen Lehre, Rißfeld. Trotz des Selbstbewußtseins und der Energie seiner Führer entgleitet ihm die Zukunft; es wird aus Enttäuschung unterliegen; man fürcht unheimlich aus Mangel an Prinzipien.“

Man soll damit von unserer Seite aus nicht zugegeben werden, daß die Organisationen von der Art der Fachabteilungen ein längeres Leben haben werden als die christlichen Gewerkschaften. Man kann nämlich nicht nur an dem Mangel an Prinzipien sterben,

sondern auch an Prinzipien selber, wenn diese falsch sind, wie es bei den Ueberchristen, die sich in allem der Kirche unterordnen, der Fall ist. Aber jedenfalls sind sie die Ehrlicheren und Folgerichtigeren, und so wertig sie auch für die Arbeiterbewegung bedeuten, so willig sie auch zum Streikbruch und anderen Arbeiterverrätereien sind, so sind sie doch der Gunst der Kirche sicher und nehmen nach dieser Seite hin eine unangefochtene und gesicherte Stellung ein — zum Unterschied von den christlichen Gewerkschaften, die zwischen zwei Stühlen sitzen, die der Straße verdächtig und den Arbeitern mehr als verdächtig erscheinen müssen.

Die Ueberchristen wählten im stillen und sie sind dabei nicht erfolglos. Es ist unüberlegt und unüberprüfbar geblieben, daß in Rom die Absicht bestanden hat, die christlichen Gewerkschaften in Deutschland zu verbieten. Man hat davon abgesehen aus Rücksicht auf das Zentrum und allem Anschein nach auch aus dem Grunde, weil die Führer der christlichen Gewerkschaften Besserung gelobt haben in der Richtung, daß sie sich in Zukunft weniger der Verbindung mit Sozialdemokraten ausließen, das heißt sich weniger an Lohnbewegungen, Ausständen z. beteiligen, mit einem Worte: sich mehr den von den katholischen Fachabteilungen verkündeten Grundsätzen anpassen. Im geheimen triumphieren die Ueberchristen, diese von den Christlichen als Gelbe und Str. itzbrecher belächelten Organisationen. Und in diesem Zusammenhang ist auch die internationale, erzbischöflich gesegnete Kundgebung der Ueberchristen einiger Beachtung wert.

Terrorismusgeschrei.

Der rühmlichst bekannte „christliche“ Bezirksleiter Josef Leupke in Düsseldorf sandte uns zu dem Artikel „Terrorismusgeschrei“ in Nummer 19 eine nach M. Glabacher Art verfaßte „Berichtigung“. Da diese beleidigende Unterstellungen enthält, wären wir nicht verpflichtet, sie aufzunehmen; wenn wir dies dennoch tun, so zu dem Zwecke, die „christlich-jesuitische Rabulistik an einem weiteren Fall in Beleuchtung zu rücken. Die „Berichtigung“ lautet:

- „1. Zum Fall Meißnerhofel:
 - a) Es ist unwar, daß es sich erst in der Branchenversammlung herausgestellt hat, daß auch eine Anzahl christlicher Arbeiter im Betrieb war.
 - Wahr dagegen ist, daß es den Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes schon lange vor der Branchenversammlung bekannt war, daß auch Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes im Betrieb beschäftigt waren.
 - b) Es ist unwar, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband korrekt vorgegangen ist.
 - Wahr dagegen ist, daß nach dem von der hiesigen Zeitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes schriftlich mitgeteilten Beschlüssen, obige Versammlung lediglich als eine Agitationsversammlung zu betrachten war, die nur für die eigenen Mitglieder Beschlüsse fassen konnte.
 - c) Es ist unwar, daß ich den Unternehmer ersucht haben soll, nichts davon zu sagen, daß ich dagewesen sei.
 - Eine derartige oder ähnlich lautende Äußerung habe ich nicht ausgesprochen. Dies wird dadurch bewiesen, daß ich bei Eröffnung der gemeinsamen Versammlung unaufgefordert die stattgefundenen Verhandlung zur Kenntnis der anwesenden Arbeiter brachte.

2. Zum Fall Kontrollergesellschaft.
Es ist unwar, daß ich mit einer Sperre über die Kontrollergesellschaft einverstanden war.
Wahr dagegen ist, daß bei der Sperreverhängung sofort dem Beamten Rahn erklärt wurde, wir seien nicht in der Lage, den Grund zu dieser Maßnahme zu präsen, würden daher so lange keine Leute dorthin senden, bis der Fall geklärt sei. Bei einer weiteren telephonischen Unterredung wurden mir zwei „Fälle“ von demselben Beamten geschildert. Daraufhin zogen wir einen dort ohne unsere Schuld Arbeit suchenden Klempner zurück. Wenige Tage nachher wurden wir von dem Direktor des Werkes telephonisch angerufen. Ich konnte bei dieser Unterredung feststellen, daß ich wesentlich falsch unterrichtet worden war. Da im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierte Arbeiterausmittglied erklärte auf wiederholtes Fragen, keine Gründe zu kennen, die zur Sperreverhängung berechtigt seien.

- 3. Zum Fall Hahn.
 - a) Es ist unwar, daß sämtliche dort beschäftigten Arbeiter im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisiert waren.
 - Wahr dagegen ist, daß die Mehrzahl der Arbeiter dem christlichen Metallarbeiterverband angehörten.
 - b) Es ist unwar, daß der christliche Metallarbeiterverband genau über die Sache informiert war.
 - Wahr dagegen ist, daß die Zeitung der hiesigen Verwaltungskasse mir keinerlei Mitteilung gemacht hat.
 - c) Es ist unwar, daß der christliche Metallarbeiterverband sofort einen Sperrebrecher hat anfangen lassen.
 - Wahr dagegen ist, daß dieser Arbeiter nicht organisiert war.
 - d) Unwar ist, daß ich gesagt haben soll, ich habe mich erkundigt, die Entlassungen seien zu Recht erfolgt, der christliche Metallarbeiterverband löre sich nicht daran.
 - Wahr dagegen ist, daß ich mit einem verantwortlichen Beamten der Verwaltungskasse des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes kein Wort gesprochen habe, auch zu keinem Mitglied mich in dieser Form geflüstert habe.“

Technische Rundschau.

Aluminium.

(Schweizerische Anzeiger.)

Der Aluminiumverbrauch steigt sich fortwährend und es dürfte deshalb interessanter, etwas über Darstellung, Eigenschaften, Vorkommen und Eigenschaften sowie über die Verwendung in der Industrie zu erfahren.

Aluminium, das Metall der Zukunft, wurde 1827 von Wöhler entdeckt und jetzt durch den chemischen Prozeß, durch die Schwefelung hergestellt. Der deutsche Chemiker Wöhler gelang es schon 1824, die Lauge elektrolytisch abzuscheiden und aus derselben Zeit stellte Davy in Paris großartige elektrolytische Versuche an. Auf der Weltausstellung in Paris wurde dann auch zum erstenmal ein großer Kumpfen von dem „Silber aus Licht“ ausgestellt.

Das Metall war zu dieser Zeit noch ungenügend teuer. Doch die letzten Jahrzehnte haben in dieser Beziehung mit Hilfe der Elektrizität eine große Umwälzung herbeigeführt. Man hat das elektrische Gemische Verfahren fallen gelassen und die Lauge durch den elektrischen Strom zerlegt. Dadurch wurde die Lauge bedeutend billiger, die Ausbeute wurde größer, das Metall selbst wurde reiner und auf dem Marke immer billiger.

Der Preis für Aluminium war Anfang 1907 für Kupfer 116 M. pro 100 Kilogramm. Das spezifische Gewicht ist von 2,5 bis 2,6, das spezifische 8,8. Die Härte ist bekanntlich weiß. Der Schmelzpunkt liegt bei 660 bis 680 Grad (Kupfer: 1200 bis 1400 Grad). Das Verleimungsvermögen ist halb so groß wie bei Kupfer. Das elektrische Leitungsvermögen ist 50 Prozent von Kupfer. Aluminium löst sich in Kalilauge und Salzsäure, langsam in verdünnter Schwefelsäure, es löst sich nicht in Salpetersäure. Es ist härter als Eisen und weicher als Stahl. Reizt gekaut oder gekautem erreicht es aber eine große Festigkeit, etwa wie Bronze und übertrifft in dieser Eigenschaft Kupfer.

Zur allgemeinen Behandlung des Aluminiums ist noch zu bemerken, daß, wenn es längere Zeit an der Luft dem kalten Wasser und der Feuchtigkeit ausgesetzt ist, leicht durch die allseitige Reaktion des Wassers angegriffen wird. In diesen Fällen ver-

dann durch eine pilzartige Erscheinung des Metall zerstört. Es trocknen auszuwaschen, ist daher notwendig. Aus dem angeführten Grunde ist daher Aluminium für Wasserbehälter, Kühlgefäße z. nicht zu verwenden. Gebeizt oder abgepoliert wird es in heißer Kalilauge, die Auflösung hierbei mit einem ähnlichen Vorgang hervor wie bei Eisen in Salzsäure.

Zum Bearbeiten muß Aluminium möglichst rein sein, geringe Mengen von Kupfer oder Eisen machen es schon spröde und brüchig. Beim Ausschleifen und Warkarbeiten darf es nicht rot-warm werden. Bei seiner geringen Härte und außerordentlichen Dehnbarkeit ist die Bearbeitung mittelschwerer als bei manchen anderen Metallen. Man kann sagen, daß es sich noch einmal so leicht bearbeiten läßt wie Kupfer, und beim Erhitzen gut doppelt so viel ausfällt wie dieses.

In der einfachsten technischen und in der maschinellen Verarbeitung, aus einem Stück gedrückt, geknallt und gezogen sowie geteilt und gesägt, sind Gegenstände aus Aluminium ja schon längst als Alltagsmittel hergestellt worden. So für militärische Gegenstände, Drehmaschinen, Messer, Sp., Zünd- und Kochgeschirre und anderes mehr. Hauptächlich in der Küche bürgert sich das weiße, saubere Metall mehr und mehr ein. Auch das gesundheitliche Einwirkung ist nichts dagegen einzubringen, und der Umstand, daß Aluminium nicht auslaugt, nicht rotet und nicht vergilbt zu werden braucht, macht es für die häusliche Verwendung besonders geeignet. In Paris besteht selbst zwischen Eisenlegierungen kein großer Unterschied mehr und daher wird es in neuerer Zeit gerade für dieses eine ganz geeignete Konkurrenz.

Gegenüber wird Aluminium zu allen möglichen Arten ohne Schwierigkeiten, auch läßt es sich danach gut weiterbearbeiten durch Schmieden und auf der Drehbank. In sich ist es zäh, so daß es beim Drehen metallene Späne abgibt; um eine glatte Fläche zu erzielen, wird das zu drehende Stück mit Öl bestrichen. Auch beim Bau von Luftschiffen und Automobilen wird Aluminium vielfach verwendet, so für die Motorgehäuse und neuerdings werden auch Kränne und Gesenke als Ersatz für Stahlgüsse aus dem leichteren Metall gegossen.

Ein charakteristisches Merkmal beim Aluminium ist es nun, daß es sich nicht wie andere Metalle lösen läßt. Im komplizierteren Apparate hergestellt, wurden daher schon vor vielen Jahren die

allergrößten Anstrengungen gemacht, ein Lötmittel für das durch so viele hervorragende Eigenschaften ausgezeichnete Metall zu erfinden. Es wurden denn auch im Laufe der Zeit eine große Anzahl solcher Lötmittel bekannt, darunter waren sogar mehrere durch Patente geschützt. Aber von all den Opfern an Zeit und Geld ist herzlich wenig übrig geblieben. Die meisten Mittel sind wohl verstanden, fast ebenso schnell, wie sie gekommen sind; die Patente sind schon nach dem ersten Jahre nicht mehr erneuert worden und so wieder in Vergessenheit geraten.

Dem Löten von Aluminium steht ein großes Hindernis im Wege, und die Erfahrung hat gelehrt, daß an den Stellen, wo es mit dem Lot als einem anderen Metall in Verbindung kommt, durch atmosphärische Einwirkungen angegriffen wird. Dadurch erfahren die Lötlagen eine Zersetzung und fallen schließlich auseinander. Aus diesem Grunde ist es, nebenbei bemerkt, auch zu vermeiden, zum Löten von Aluminium ein anderes Metall, zum Beispiel Kupfer, zu verwenden.

Des Menschen Geist indessen ruht und rastet nicht und versucht, auch dieser Schwierigkeit Herr zu werden. Neue Lötmittel, neue Fluxmittel und neue Lote werden auf den Markt gebracht. Da ist es nun interessant, wie man das oben genannte Hindernis zu überwinden sucht. Ein Fabrikant will es durch sein Fluxmittel, ein anderer durch sein Lot ohne Fluxmittel, der nächste benutzt ein möglichst hartes Lot über 350 Grad Schmelzpunkt, damit soll eine bessere chemische Verbindung erzielt werden. Auch eine Art von Rosoline als Fluxmittel wird angepriesen. „Das Rätsel ist gelöst“, heißt es von einem andern Mittel in den Zeitungen und Fachschriften. Und so gibt es noch eine ganze Anzahl von Lötmitteln. Auf jeden Fall ist anzunehmen, daß die Haltbarkeit beim Löten mehr durch das Fluxmittel als durch das Lot beeinflusst wird.

Es kann nicht heißt werden, daß auch beim Löten von Aluminium Fortschritte gemacht worden sind und für die verbleibenden Hindernisse wird es auch angewandt. Wo es aber auf Widerstandsfähigkeit und Druckfestigkeit ankommt, hat das Löten eine größere technische Verwertung bis heute noch nicht gefunden.

Der Vollständigkeit halber sei noch eine Methode erwähnt, die allerdings schon ein ansehnliches Alter aufzuweisen hat. Dünne ausgewaltes Silber, sogenannte Folle, wird auf rauh geschabtes Aluminium warm eingedampft und darauf können dann andere Gegen-

Behauptung aufstellen hört, hohe Beiträge erschweren die Agitation, aber mit niedrigen Beiträgen sind die Indifferenten leicht zu gewinnen, so könnte einem dabei eigentlich unheimlich zumute werden. Was würden die Bestürmter niedrigerer Beitragsklassen dazu sagen, wenn es ihnen gelänge, in kurzer Zeit mit diesen niedrigen Beiträgen einige hunderttausend Mitglieder zu werben? Sie würden vermutlich, wenn es, und besonders zur Krisenzeit, an die Auszahlung der Unterhaltungen ginge, in höchster Verzweiflung ausrufen: „Die Geister, die ich rief, ich werd' sie nicht mehr los.“

Einige Herabsetzung der Leistungen unserer Organisation ist doch gar nicht zu denken, denn das würde das Gegenteil von dem zur Folge haben, was angestrebt wird. Im Gegenteil zu den Freunden geringerer Beiträge hat die Praxis gezeigt, daß bei Gewöhnung neuer Mitglieder nicht die Höhe des Beitrags die Hauptfrage ist, sondern es wird gefragt: Was bekomme ich?, und erst wenn die Antwort auf diese Frage befriedigt, gewinnt man neue Mitglieder. Eine größere Anzahl von Mitgliedern mit ermäßigten Beiträgen und einheitlichen Rechten sind ein Übel, das würde statt einer Verbesserung eine Verschlechterung unserer Finanzen zur Folge haben. Es ist zu wünschen, daß die Generalversammlung in Mannheim seinen Schritt den Weg beirrt, der zur inneren Stärkung unseres Verbandes führt.

Als gleich interessant für Freunde und Gegner der Staffelbeiträge sei eine Episode aus Mannheim mitgeteilt. Bei Anlaß der im letzten Herbst angeordneten Ausperrung hat die Verwaltungsstelle Mannheim einen Extrabeitrag von höchstens 30 % für die Dauer der Ausperrung beschloffen. Die Ausperrung erfolgte nicht; um eine gleichmäßige Belastung der Mitglieder innerhalb der Verwaltungsstelle herbeizuführen, beschloß eine Delegiertenkonferenz, da mit der Erhebung der Extrabeiträge bereits vor Beendigung des Kampfes auf den Werken begonnen worden war, die Mitglieder für drei Extrabeiträge zu beschließen. Bei der Berichtstattung über diese Delegiertenkonferenz wurde in einer Bezirksversammlung mitgeteilt, daß die Kollegen von Weinheim, die kurz vorher unserer Verwaltungsstelle angeschlossen worden waren, unter Hinweis auf die niedrigeren Verdienste die Befreiung von diesen Extrabeiträgen nachgesucht hätten. Der Berichterstatter sagte: „Dabei kann natürlich keine Rede sein, denn wir haben hier in Mannheim Kollegen, denen bei einem Verdienst von 4 M die Leistung dieser Beiträge so schwer wird, wie einem in Karlsruhe, der nur 3 M verdient. Das wäre so weit in Ordnung. Aber der Kollege, der das gesagt hat, referierte sechs Wochen später in der Versammlung des Bezirks mit Rücksicht darauf, daß heute die Generalversammlung hier tagt, über die allgemeine als notwendig erkannte „Finanzreform“ und Staffelbeiträge. Da er einfriger Freund der Staffelbeiträge ist, konnte man von vornherein darauf gefaßt sein, daß er wie schon oft und so viele behauptet, es könne den geringeren entlohnten Kollegen nicht zugemutet werden, die gleichen Beiträge zu leisten, wie Kollegen mit doppelt so hohen Verdiensten, daß es in Zukunft unmöglich sei, neue Mitglieder zu gewinnen. Und so kam es auch. Wenn alle Bestürmter der Staffelbeiträge von derselben Sogel und derselben Konsequenz sind, wie unser Mannheimer Freund, dann ist schon ein Vers darauf zu machen, daß ihre Forderung mit der zu konstatierenden Sachmänglichkeit vertrieben wird. Sollte die Generalversammlung in Mannheim genötigt sein, sich abzumachen über diese Forderung zu unterhalten, so mag sie dafür sorgen, daß es das letzte Mal ist.“

S. Mathis (Mannheim).

Der Antrag der Branche der Elektromonteur an die Generalversammlung um Abhaltung einer Berufskonferenz hat bei uns in Köln ein lebhaftes Echo herbeigewirkt, da gerade von Köln aus schon zweimal an die Bezirksleitung das Ersuchen um Abhaltung von Berufskonferenzen innerhalb des Rheinischen Bezirks gerichtet wurde. Die Bezirksleitung jedoch in ihrer unerforschlichen Klugheit hat diese mit dem Hinweis abgelehnt, daß die Zeit noch nicht erfüllt wäre. Für die Abhaltung der Berufskonferenz sprechen aber so viele Gründe, daß wir es uns nicht versagen können, unsere Bemerkungen hier anzuführen, damit sie weiteren Kreisen bekannt werden und das nötige Verständnis werden zur Verwirklichung unseres Bunkes.

Wir hatten einleitend ungefähr folgendermaßen ausgeführt: In keiner Industrie ging der Konzentrations- und Ausperrungsdruck so schnell vor sich, wie in der verhältnismäßig noch jungen Elektroindustrie. Vorgeschiebe wirkte bei ihrer ungeheuren Ausdehnung die Zahl der in ihr beschäftigten Arbeiter rasch wachsen. Leider hat die Zahl der Organisierten nicht im entsprechenden Schritt gehalten und es muß deshalb Aufgabe des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sein, bei Erlangung aller Schlichtungsstellen, die sich der Organisierung der eigenartigen Spezialbetriebe, vornehmlich der Elektromonteur entgegenstellen, eine geeignete Form der Agitation in die Wege zu leiten. Das ist der Mitarbeit klugen und bewährten Kollegen dabei bedarf, versteht sich von selbst, wie ja auch die bereits ins Leben gerufenen Branchenausschüsse zur Zufriedenheit der jeweiligen Ortsverbände und wohl auch der Bezirksleitung gearbeitet haben dürften.

Der Zweck der Konferenz soll nun der sein, ein festes Band, eine innigere Fühlung unter den einzelnen Branchengruppen herbeizuführen und durch Zentralisation der Agitationsarbeit den Kollegen allerorts die Beherrschung zu erleichtern. Weiter soll dadurch ein planmäßiger Weg gegangen, noch ein Staat im Staat gegründet werden. Im Gegenteil, unterliegen soll jedes Branchenausschüsse die Arbeit der Beamten im schärfsten Kampfe mit dem Arbeitgeberstand, nicht das Wohlstand und das Fortschreiten des Verbandes im Auge haben. Doch ist es andererseits zur Notwendigkeit geworden, daß von Berufscollegen selbst mehr Beachtung angewendet werden muß und dazu eine Grundlage zu schaffen, sei Aufgabe der Konferenz, zu deren Tagesordnung die Kölner Kollegen folgende Punkte vorschlugen:

1. Die wirtschaftliche Lage und die Entwicklung der Elektroindustrie.
2. Die Lage der in der Elektroindustrie beschäftigten Arbeiter.
3. Agitation und Organisation.
4. Lehrlings- und Meisterprüfungsfragen.
5. Elektromonteur, Schlosserarbeiten und Hilfsarbeiten.
6. Elektromonteurtag.

Da der Bezirksleitung unter anderem die Tagesordnung zu unzulänglich war, hatten wir bei unserer zweiten, drei Jahre später erfolgten Sitzung nur die Punkte 3 und 4 als Beratungsgegenstände vorgeschlagen, verbunden mit einer Anknüpfung über die eben behandelte Düsseldorf-Bewegung und die daraus zu ziehenden Lehren. Es ist hier nicht der Ort, sämtliche Punkte ausführlich zu behandeln, jedoch wird es notwendig sein, unsere Stellung zu einzelnen Punkten näher zu erklären. Unter 2. muß unbedingt eine Verknüpfung herbeigeführt werden über Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit besonderer Berücksichtigung des Lohn- und Ueberstundenwesens, Extrabeiträgen bei gefährlichen und gesundheitsgefährlichen Arbeiten, zum Beispiel in Straßen, bei Hochbauarbeiten, Maschinenbau, chemischen Industrie u.; ferner über die Regelung der Krankengelder und der Krankenkassen. Beim letzten Punkte wäre näher Angeordnet werden zu müssen, daß die Arbeit und Freizeit in die normale Arbeitszeit fällt, wird jedoch verstanden, daß dieses auch der letzteren gegeben ist, so muß sie mit einem entsprechenden Aufschlag bezahlt werden. Es soll damit bezeugt werden, daß die errungene Arbeitsveränderung nicht wieder durch die bisher geübte Norm bei Abgleich des Lohnvertrages in bezug auf Krankengeldregelung rückwärts gerückt wird.

Zu Punkt 3 ist zu beachten, daß in den bestehenden Bezirken Geschäftsstellen ohne Sonderrechte geschaffen werden müssen, die aus einzelnen tätigen Fachleuten bestehen, in enger, fortwährender Verbindung mit den jeweiligen Branchenausschüssen Beziehungen aufbauen, für Agitationszwecke besonderer Natur sorgen und über die, das für betreffende Bewegung über Arbeiterzahl, Arbeitsverhältnisse, Zahl der Organisierten, Lohn- und Gehaltsverhältnisse, Nachschub geben müssen. Ferner soll die Zentralstelle mit der Bezirksleitung in Verbindung stehen behufs Ausfertigung, Begleitung eines verlässigen, redlich begabten Berufscollegen für

Veranstaltungen, Entgegennahme wichtiger Agitationsinformationen u. s. w. Des Weiteren wird für die länger auswärts arbeitenden Kollegen die Beschaffung eines gedruckten Verammlungsstabens (zum Einlegen in die Verbandsbücher) von Wert sein, um auch dort den Besuch der Branchenversammlungen zu ermöglichen, in dessen Nähe die jeweilige Ortsstelle liegt.

Der Punkt 4 ist ein Kapitel, worüber sich sehr viel sagen läßt, worüber sehr viel gesagt werden muß, denn er ist von solch eminenter Wichtigkeit, daß es sich dafür allein lohnt, eine allgemeine Aussprache herbeizuführen. Die Lehrlings- und Meisterprüfungen haben bis jetzt nicht bewiesen können, daß es ihnen gelungen ist, den Stand der Technik und Monteur zu heben; im Gegenteil, sie haben ein Ueberangebot von willigen und billigen Arbeitskräften geschaffen, die den Arbeitsmarkt äußerst ungünstig beeinflussen. Sie tragen einen großen Teil der Schuld mit dazu bei, daß sich die wirtschaftliche Lage der Monteur in den letzten 10 Jahren nicht gebessert hat, trotz der enorm gesteigerten Kosten der Lebenshaltung. Die Lehrlings- und Meisterprüfungen sind auch nicht danach anzusehen, Vertrauen zu diesen zu erwecken, da ein theoretisches Wissen ohne nebenhergehende gründliche praktische Betätigung für die Ausbildung im Elektromonteurberuf von gar keiner Bedeutung, eine unnütze Verschwendung von Kraft, Zeit und Geld ist. Auch die als Gegengewicht gegen die in privaten Händen befindlichen Elektromonteurschulen gegründeten, an die städtischen und staatlichen Maschinenbauhöfen angegliederten Elektroinstallateur- und Meisterkurse können nicht Anspruch darauf erheben, eine vorzubehaltene praktische Vorbildung durch eine theoretische Weiterbildung zu einer vollkommenen zu machen. Ein mit gut absolviertem Kursus soll dem Bestrebenden die Befähigung geben, sich Meister zu nennen, er darf also Lehrlinge ausbilden. Freilich muß eine Meisterprüfung vorgehen, deren Schlußeffekt in einem Meisterstück gipfelt. Nun hatten wir Gelegenheit, hier einige Meisterprüfungen beim Anfertigen ihres Meisterstückes zu beobachten. Darüber folgendes:

Aspirant I mußte eine Etage mit zwei Stromkreisen installieren, die Zuleitung wurde in 6 Quadratmillimeter verlegt. Die Installationsart war veraltetes Folienrohr unter Fuß; also Schlitze hauen, Röhre verlegen, Dosen setzen, Draht einziehen und Verbindungen machen. Die Schaltungen waren einfache Ausschaltungen und zwei Serienerschaltungen.

Aspirant II mußte in den schon verlegten Röhren der ersten Etage und des Portiers eines Einfamilienhauses Drähte einziehen und Verbindungen machen; es handelte sich hier um zwei Stromkreise mit 10 Beleuchtungspunkten, teilweise Ausschaltung und Serienerschaltung, im Schlafzimmer Wechselerschaltung. Ferner wurden im Keller zwei Lampen ganz installiert. Die Steigeleitung sowie Anschließen der Verteilungstafel wurde später von einem Monteur ohne Meisteramt abgelehnt.

Aspirant III mußte eine Verteilungstafel für zwei Stromkreise, mit zwei Serienerschaltungen und einem Hebelauslöser (Hauptschalter) hängen und fertig montieren.

Wenn diese Arbeiten als Maßstab gelten sollen für die Befähigung zum Meister, wenn hierin die große Lücke der elektrotechnischen Installationsfirmen und des Verbandes deutscher Elektrotechniker zur theoretischen Ausbildung der Elektromonteur gipfelt, so darf schon heute gesagt werden, daß diese ein großes Fiasko bedeutet. Die angeführten Meisterstücke sind Arbeiten, die von jedem jüngeren Monteur verlangt werden, sie können nie die Qualifikation für einen selbständigen Elektromonteur geben, viel weniger für einen so verantwortungsvollen Posten, junge Menschen zu nützlichen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft heranzubilden. Wir hatten allerdings erwartet, daß die vom Verband deutscher Elektrotechniker auf seinem Kölner Kongreß gegebene Anregung auf Schaffung von Ausbildungsstätten ein etwas anderes Gesicht erhalten hätte als diese Installateur- und Meisterkurse, namentlich auch wir keine Hoffnungen darauf setzen und wir auch wußten, daß diese Institute nichts mehr und nichts weniger werden, wie die oben beschriebenen Elektromonteurschulen. Die Unternehmer werden bei der Unterstützung der Bildungsinstitute nur von dem Gedanken geleitet, die Monteur in verschiedene Klassen zu teilen und dadurch den Preis und die Mithing unter sie zu tragen; sie dünken sich schon in die Lage der sich freudenden Dritten versetzt. Sorgen wir frühzeitig darüber, daß sich die Pläne der Unternehmer nicht verwirklichen können; bieten wir allen unseren Kollegen innerhalb unseres Verbandes Gelegenheit, sich fachtechnisch weiterzubilden. Mittel und Wege lassen sich dazu finden, wie die Versuche hier in Köln beweisen haben. „Bildung macht frei“ — um gut: schaffen wir die Gelegenheit, frei werden zu lassen von jeglicher bürgerlichen-engen Denkart, um sie an klugen und bewährten Meistern werden zu lassen.

Die unter Punkt 5 behandelte Frage ist gerade jetzt wieder aktuell geworden. Wir haben bei einigen in vorigen Jahre abgelehnten Löhnen gesehen, daß die Unternehmer Wert darauf legen, die Lohnverträge zu klippigen. Jedoch wird diese Klippigkeit eine ewige Streiffrage bilden, wie der Streit um den Stuttgarter Tarif beweist; so lange nicht genaue Grenzen gezogen werden sind zwischen Hilfsmonteur und Monteur sowie zwischen Monteur und leitendem Monteur.

Diese Fragen hatten alle noch der Beachtung. Wir glauben hierdurch mit dazu beigetragen zu haben, die Notwendigkeit einer Berufskonferenz der Elektromonteur zu begründen. Möge sie stattfinden zum Wohle des Elektromonteurberufes, zum Gedeihen unseres Verbandes.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Streit zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 28. Mai der 22. Wochenbeitrag für die Zeit vom 28. Mai bis 3. Juni 1911 fällig ist.

An die Delegierten zur Generalversammlung!

Die Delegierten, die vom Lokalkomitee Logis besorgt haben wollen, werden ersucht, dies (soweit es noch nicht geschehen ist) umgehend dem Kollegen Chr. Schneider, Mannheim T 5, 12, mitzuteilen. Etwaige sonstige Wünsche und Anfragen sind ebenfalls an diese Adresse zu richten.

Am ersten Freitag stehen ununterbrochen am Hauptbahnhof Kollegen mit einem Entennungszeichen (rote Fahfette) zum Empfang der Delegierten bereit.

Das Empfangslokal befindet sich direkt dem Bahnhof gegenüber, im Hotel zum „Jägerlöwen“.

Nachgeschloffen wird nach § 22 des Statuts:

Kaufmann der Verwaltungsstelle in Gera:
Der Dreher Arno Theuermeister, geb. am 12. August 1885 zu Unterhans, Bayr.-Kr. 565128, wegen Streikbruch.

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimaligen Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Kaufmann der Verwaltungsstelle in Breslau:
Der Gärtner Graf Mantzfel, geb. am 27. November 1882 zu Berlin, wegen unvollständigen Bezahls.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rüttelestraße 16 a“ zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rüttelestraße 16 a; auf dem Postfach ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.
Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand.

Zur Beachtung! • Zugzug ist fernzuhalten:

- von Bestarbeitern nach Budapest (Firma Saira) D.
- von Drahtwebern, Drahtspinnern und Nablern nach Hannover (Firma Stäblein) St.
- von Dreher, Hoblern und sonstigen Maschinenarbeitern nach Düsseldorf (Benzather Maschinenfabrik) R.
- von Formern, Gießereiarbeitern und Kerndrehern nach Anderten-Wisburg (Sannov. Eisengießerei) St.; nach Düsseldorf (Fa. Schwarz) D.; (Stahlwerk Dfing) D.; nach Gmünd (Fa. Hüb & Schweizer) Mi.; nach Göttingen (Firma Gebrüder Wöhler) L.; nach Harburg a. S.; nach Kirchheim u. L. (Fa. Paulin) St.; nach Wetter a. N. (Fa. Studenholz) St.;
- von Gold- und Silberarbeitern, Pressern und Hilfsarbeitern nach Pforzheim;
- von Gürtlern, Fräsern, Drehern und Metallformern nach Frankfurt a. Oder (Firma Herberg & Co.) W.
- von Gussarbeitern nach Kall b. Köln (Maschinenbauanst. Humboldt) D.
- von Heizungsmonteurern nach Sferlohn (Fa. M. Händer) M.; nach Koblenz, D.; nach Siegen (Fa. Hünter) D.;
- von Klempnern aller Art, Installateuren u. Heizungsmonteurern nach Berlin, St.; nach Danemark, U.; nach Döbeln, L.; nach Göttingen, L.; nach Kaiserslautern, L.; nach Kiel, St.; nach Königsberg i. Pr., U.; nach Leisnig, L.; nach Liegnitz, L.; nach Rogwein, L.; nach Solingen und Umg., L.; nach Zittau (Firma Wolf) D.;
- von Maschinisten und Heizern nach Blankenburg i. Schwarzthal (Firma Bollath & Sohn) St.;
- von Mechanikern, Optikern u. s. w. nach Thringhausen bei Kassel (Firma A. G. Hahn) D.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Alen (Gebr. Simon, Drahtstiftfabrik); nach Arnstadt (S. Barth, Stanzmesser) St.; nach Barmen (Fa. Schmaßl & Schulz, Metallwarenfabrik) St.; nach Braunschweig (Boigländer & Sohn) M.; nach Gmünd (Firma Hüb & Schweizer) M.; nach Göttingen i. Württ. (Fa. Maxlin & Co.) D.; nach Herne i. Westf. (Fa. S. Wufschütz, Dampfseilfabr.) D.; nach Hildesheim (Fa. Ed. Wern) D.; nach Karlsruhe (Fa. Junter & Ruh) D.; nach Köln-Chrenfeld (Firma Herbrandt, Waggongfabrik) St.; nach Leisnig (Fa. Fränkel & Co.) D.; nach Linz a. D. (Schiffwerft) St.; nach Lüdenscheid, D.; nach Neuruppin (Fa. W. Graaff & Co., Minimax-Apparatefabrik) St.; nach Nordhausen (Aktien-Ges. Montania) St.; nach Pirmasens (Firma Schön & Co., Maschinenfabrik) D.; nach Stadtilm i. Thüringen (Firma Arthur Göllig) M.; nach Stodum (Stahlwerk) M.; nach Stolp i. P. (Hofwagenfabrik Nishke) St.; nach Ulm a. D. (Neue Industrie-werke) D.; nach Wermelskirchen bei Renscheid (Fa. Weber) D.; nach Wetter a. N. (Fa. Bönnhoff) St.; nach Witten (Wittener Stahlformgießerei G. m. b. H.) D.;
- von Metallarbeitern nach Erfurt (Gebr. Kammerer, Aluminium-warenfabrik) M.; nach Schlettau bei Annaberg i. S., D.; nach Zittau (Firma Wolf) D.;
- von Metallschlägern nach Großschönau, Zonsdorf und Zittau L.;
- von Monteurern, Hilfsmonteurern, Maschinisten und Heizern nach Zirndorf (Elektrizitätswerk der Fa. Kösting u. Co.) M.;
- von Schleifern nach Sferlohn (Firma Lutz & Volte) D.;
- von Schloßern (Bau- und Kunst-) nach Freiburg im Breisgau, L.;
- nach Hannover (Firma G. Verclas) und (Firma Stäblein) St.;
- nach Königsberg, St.; nach Hagensburg, U.;
- von Schmiedern, Zuschlagern und Hilfsarbeitern nach Wschaffenburg (Fa. Hedmann) D.;
- von Werkzeugschloßern nach Arnstadt i. Th. (Stanzmesserfabrik S. Barth) St.; nach Lüdenscheid, St.

(Die mit U. und St. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohn- oder Tarifbewegung; M.: Ausperrung; D.: Differenzen; Mi.: Maßregelung; Ni.: Mißstände; R.: Lohn- oder Ueberforderung u. s. w. S.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Erhängung von Sperren müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungsstelle beglaubigt sein.

Vor Arbeitsanahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anfragen sind von der Verwaltungsstelle, der das Mitglied angehört, absteuern zu lassen. Anfragen über Orte, wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem bisherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Korrespondenzen.

Formen.

Groß-Neheim. Die Arbeiter der „Marienhütte“ haben in einer zahlreich besuchten Versammlung nach einem Referat des Kollegen Hofmann (Ganau) nachstehende Forderungen eingereicht: 1. Die Arbeitszeit beträgt pro Tag 9 1/2 Stunden und von 1. Juli 1912 an 9 Stunden; an den Samstagen der drei Wochen Festtage soll auch wie bisher um 2 Uhr Schluß sein. 2. Ueberstunden sind möglichst zu vermeiden. Nur in dringenden Fällen sollen dieselben geleistet werden und werden den betreffenden Personen am Vormittag desselben Tages noch mitgeteilt, um sich dementsprechend einrichten zu können. Als Ueberstunden gelten alle über 9 1/2 oder 9 Stunden hinausgehende Arbeitsstunden, wovon die ersten zwei nach der regelmäßigen Arbeitszeit geleisteten Stunden mit 25 Prozent, und für alle übrigen sowie für an Sonn- und Feiertagen geleistete Stunden mit 50 Prozent zu vergütet sind. 3. Der Stundenlohn für Neueintretende mit den Leistungen entsprechend spätestens nach acht Tagen festgelegt und muß, wenn keine Einigung erzielt wird, der Lohn der gleichen Arbeit der letzten Arbeitsstelle bezahlt werden oder, wenn der Bestrebende früher noch nicht in dieser Branche beschäftigt war, wird der für die jeweilige Arbeit geltende Mindestlohn bezahlt. 4. Der Mindestlohn beträgt für gelernte Formen bis zum 20. Jahre 45 S., über 20 Jahre 55 S. und für tüchtige, leistungsfähige Formen nicht unter 65 S. Für Maschinenformern und Kerndrehern gilt, soweit sie eine dreijährige Lehrzeit durchgemacht haben, der gleiche Mindestlohn wie für Formen. Soweit sie angelernt werden, in den ersten vier Wochen nicht unter 35 S.; nach vier Wochen bis innerhalb eines Jahres nicht unter 45 S., im zweiten Jahre nicht unter 50 S. und nach zwei Jahren nicht unter 55 S. Bei einer zweijährigen Tätigkeit im Beruf und besonderen Leistungen entsprechend mehr. Gussformer, für Leute unter 18 Jahren, im ersten halben Jahre nicht unter 30 S., von 18 bis 20 Jahren 35 S. und über 20 Jahre 40 S. Bei einer zweijährigen Tätigkeit im Beruf erhalten Leute über 20 Jahre 45 S. Schlosser und Dreher erhalten bis zum 20. Jahre 40 S., über 20 Jahre 50 S. Tüchtige, leistungsfähige 55 S. Die übrigen Hilfsarbeiter erhalten, wenn sie noch keine 18 Jahre alt sind, 30 S., über 18 bis 20 Jahre 35 S., über 20 Jahre alte und sobald sie zwei Jahre im Betrieb tätig sind, 42 S. Tüchtige, leistungsfähige dementsprechend mehr. 5. Bei Affordarbeit ist dem Arbeiter vor Uebernahme derselben ein

Arbeitsvertrag auszuhändigen, auf welchem Preis, Stückzahl und Signatur angegeben ist. Der einmal festgesetzte Arbeitspreis wird voll ausbezahlt und soll nur dann einer Revision unterzogen werden, wenn dies durch eine Änderung in der Arbeitsmethode oder der Arbeit selbst bedingt ist. Der vereinbarte Stundenlohn muß garantiert und ausbezahlt werden. Ist bei neuer oder veränderter Arbeit eine Entlohnung über den Arbeitspreis nicht zu erzielen, so wird die Arbeit in Stundenlohn hergestellt, unter Zugrundelegung des in den letzten vier Wochen erzielten Durchschnittsverdienstes des betreffenden. Niedrige Arbeitspreise, bei denen der betreffende Arbeiter seinen Durchschnittsverdienst nicht erzielen kann, sollen erspöndlich aufgebessert werden. 6. Unverzügliche Zahlung wird mit dem vereinbarten Stundenlohn bezahlt. In Zweifelsfällen soll, wenn ein großes Verschulden des betreffenden nicht einwandfrei festgestellt ist, eine Kommission von drei Mann einen Entscheid herbeiführen: Wird auch da keine Einigung erzielt, so soll dem Betroffenen für die darauf verwendete Zeit der Stundenlohn bezahlt werden. 7. Die Lohnzahlung erfolgt Freitag vor Feierabend. 8. Es soll ein Arbeiterausflug gewährt werden, dem Leute von jeder Abteilung angehören müssen, und zwar in der Weise, daß jede Werkstatt oder Abteilung die zu 50 Arbeiter einen, und für jede weitere 50 Arbeiter einen weiteren Vertreter bestimmen, welche alle Differenzen zu schlichten haben. Die Vertreterausflüge werden bezahlt. Sollte sich eine Partei mit dem Bescheid des Arbeiterausfluges nicht zufriedengeben können, so wird die Organisation ersucht, eine Schlichtung herbeizuführen, ehe von irgend einer Seite Maßnahmen ergriffen werden dürfen. 9. Die Vereinbarung gilt für ein Jahr vom heutigen Tage an und läuft jedesmal ein Jahr weiter, wenn nicht vier Wochen vor Ablauf von einer der beteiligten Seiten gekündigt wird. — Da im Laufe der letzten Jahre fortwährend Meinungsverschiedenheiten zwischen den Arbeitern und den Direktionen bestanden, so dürfte diese vorgeschlagene Regelung wesentlich zur Befriedigung beitragen, da diese Forderungen in vielen Betrieben heute schon erfüllt sind.

Harburg a. O. Der Streik der Forme, Kernmacher und Gießereiarbeiter ist am 13. Mai beendet worden. Seit dem 6. Mai waren auf Wunsch der Unternehmer Verhandlungen gepflogen worden. Die Unternehmer konnten sich aber nicht dazu entschließen, als Verein mit den Vertretern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu verhandeln und da es hierzu noch an der nötigen Einsicht bei ihnen fehlte, fanden die Verhandlungen der Leiter der einzelnen Betriebe mit den verschiedenen Kommissionen der Arbeiter statt. Das Resultat der Verhandlungen ist jedoch ein durchweg einheitliches. Folgende Vereinbarungen wurden getroffen: 1. Eine Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit könne für eine Berufsgruppe nicht vorgenommen werden. 2. Die Lohnzahlung kann an einem anderen Tage als am Sonnabend vorgenommen werden und wird dies durch Beschlußfassung des ganzen Betriebes festgesetzt. 3. Für die ersten beiden Ueberstunden wird ein Zuschlag von 15 %, für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit ein Zuschlag von 25 % pro Stunde gezahlt. Als Nachtzeit gilt die über die vorerwähnten ersten Stunden hinausgehende Zeit. Bei solcher Arbeit werden auch noch die beiden ersten Ueberstunden wie die Nachtzeit bemerkt. Diese Zuschläge finden bei Lohn- wie Arbeitszeit Anwendung. 4. Sämtliche Löhne werden erhöht, und zwar durchgängig um circa 2 %, das heißt einzelne Löhne (meistens die höheren um 1 oder 2 %, die niedrigeren um 3 und 4 %). Demnach stellt sich in der Praxis der niedrigste Lohn für Forme auf 48 bis 50 % (bisher 44 %), für Kernmacher auf 48 bis 50 % (bisher 43 %), für Fuhrer auf 45 % (bisher 40 %), für Hilfsarbeiter auf 44 bis 45 % (bisher 40 %). Jede Firma hält sich, wie den einzelnen Kommissionen auf Anfrage berichtet wurde, an die festgesetzten Löhne bei Einstellungen gebunden, ohne dies schriftlich niederzulegen. 5. Fehl- und Krankheitsentgelt. In den Fällen, in denen die Forme überhaupt kein Verschulden trifft, bleibt es bei dem bisherigen Verhältnis, das heißt es wird der Arbeitspreis respektive der durchschnittliche Verdienst zur Auszahlung gebracht. In allen anderen Fällen gilt der Stundenlohn als garantiert. Für solche Fälle, in denen der volle Arbeitspreis respektive der durchschnittliche Verdienst nicht zur Auszahlung gelangen kann, soll 10 Prozent Zuschlag auf den Stundenlohn gewährt werden. Dies letztere soll ein weiteres Zugeständnis zu den bereits bestehenden Verhältnissen sein, nicht eine Verschlechterung. Bei der Firma Messerschmidt bleibt es bei der bisherigen zufriedenstellenden Regelung dieser Frage. 6. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt von Montag den 15. Mai an. Die bei Eintritt des Streiks im Betrieb gebliebenen Arbeiter werden nicht entlassen. Sämtliche Streikenden werden wieder eingestellt, ebenfalls sämtliche Gehörlosen. Maßregelungen aus dem gegenwärtigen Streikverlauf finden nicht statt. 7. Bedingung der Wiederingangnahme nach vorstehenden Vorschriften ist, daß eine Regelung in sämtlichen Betrieben erfolgt. — In einer am 11. Mai abgehaltenen Versammlung aller Streikenden wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 11. Mai 1911 tagende Versammlung der streikenden Forme, Kernmacher und Gießereiarbeiter nahm den eingehenden Bericht der verschiedenen Kommissionen über die erneuten Verhandlungen — vom 6. Mai bis heute — entgegen. In Anbetracht des wesentlichen Unterschieds der nunmehr erfolgten Verhandlungsergebnisse und in fernerer Berücksichtigung der gesamten Sachlage beschließt die Versammlung: daß, unter Berücksichtigung auf eine Verkürzung der Arbeitszeit und direkte Festsetzung von Einstellungs- oder Mindestlöhnen, die Kommissionen beauftragt werden, zu versuchen, durch nochmalige Rücksprachen mit den einzelnen Firmen — bei Gelegenheit des endgültigen Abschlusses der Bewegung — eine etwas bessere Regelung der Erhöhung der niedrigen Löhne zu erzielen. Die alsdann noch notwendige schriftliche Abstimmung aller Beteiligten, das heißt der Streikenden, findet am Sonnabend den 13. Mai 1911, mittags 12 Uhr, statt. Die Kommission der Firma Harburger Eisen- und Bronzeverwerk wird besonders beauftragt, nochmals darzulegen, daß es im Interesse eines gedeihlichen Zusammenwirkens und eines wirklichen Friedens bringend erforderlich ist, daß sämtliche neu-angestellte Arbeiter (Arbeitswillige) entlassen werden.“ Die Rücksprachen mit den einzelnen Betriebsleitern zeitigten besriedigende Ergebnisse, außer bei der Firma Harburger Eisen- und Bronzeverwerk, A.-G. Diese Firma konnte oder wollte sich nicht entschließen, die engagierten Streikbrecher-Löhne zu entlassen und sie begründete diesen Standpunkt damit, daß durch das Scheitern der Verhandlungen am 27. April die Firma genötigt gewesen sei, den sich Melbenden dauernde Arbeit zuzusichern. Die Arbeitswilligen bei Christmann & Meyer haben inzwischen das Feld ihrer Tätigkeit verlassen. In drei Autos wurden die nützlichsten Elemente unter der Obhut des „Krankefahrers“ Blauenburg aus Hamburg fortgeschickt; wahrscheinlich wird die Kolonne bald wieder einen anderen Ort anvisieren. Kurz nach Abreise der Bande entstand im Formereibetrieb bei Christmann & Meyer Feuer. Die Vereinstätigkeit der städtischen Wehr wurde eingeleitet. Die Arbeitswilligen (dieser Sorte Menschen ist ja bei ihrer „kautserhaltenden Tätigkeit“ alles zuzutrauen) wollten wohl noch zu ihrem Abgang „illuminierten“. — Die Versammlung der Streikenden am 13. Mai befaßte sich mit dem Verhandlungsergebnis. Nicht befriedigt war die Versammlung von der Mitteilung, daß auf dem Eisen- und Bronzeverwerk (Koeber) die Streikbrecher nicht entlassen werden sollen. Trotzdem mit den hergeholten Arbeitswilligen nicht viel Staat zu machen ist, glaubt Herr Koeber, das Volk halten zu müssen. Und daran drohte der Friede zu scheitern. Denn, hätten die Koeberischen Arbeiter allein abzustimmen gehabt, die Wiederingangnahme wäre nicht beschlossene worden. Mit 140 gegen 93 Stimmen wurde für Fortsetzung des Streiks votiert; es fehlten der Mehrheit nur 47 Stimmen an der erforderlichen Dreiviertelmehrheit. Es wird aber erwartet, daß die Leitung des Eisen- und Bronzeverwerks im eigenen Interesse möglichst schnell das Streikbrechergemindel abziehen und eheiligen Arbeitern nicht zumuten wird, mit den mit Messern und Revolvern ausgestatteten Kapitalschützlingen zusammenzuarbeiten. Denn das würde keinen realen Frieden auf die Dauer geben. — Der hartnäckig geführte Kampf ist nun zu Ende. Er wurde zu Ende geführt gegen

den Willen der Mehrheit der am Kampfe beteiligten Arbeiter. Aber auch diese ablehnende Mehrheit war in den materiellen Erfolgen vorläufig zufrieden. Auch sie weiß, daß auf einen Schlag kein Baum fällt und auch sie kannte ihren Gegner, der der rücksichtslosesten Spargmachersippe angehört. Die ablehnende Haltung der Mehrheit, die allerdings zur Fortführung des Kampfes nach den statistischen Bestimmungen nicht genigte, wurde nur ausgedrückt durch den Widerstand Koebers, das Arbeitswilligenvolk, diese gefährlichen Patrone, zu entlassen, und die Zumutung, daß organisierte Arbeiter mit dem Verrätervolk zusammenarbeiten sollten. Nur diese Zumutung rief und ruft bei eheiligen Arbeitern Entzückung hervor. Aber wir sind sicher, die für „fest“ engagierten Arbeiter werden sich nicht lange halten. Auch Herr Koeber wird froh sein, die Bande jenseitig wieder los zu werden und der Anfang ist ja bereits gemacht. Am 13. Mai wurden circa 20 bis 25 Mann unter Polizeiaufsicht zum Bahnhof gebracht. Aus den Abschiedsrufen der noch Zurückgebliebenen ist auch auf ein halbes Dutzend zu schließen. Nach Kassel geht die Reise der Bande zu neuen Gestaltungen. Am Bahnhof beriet eine der Patrone einen Angestellten der Summinkampfabrik noch mit einem Messer am Kopf. Der Kurze wurde notiert. Offenbar wird er, da man ihn weiterreisen ließ, auch zur Aburteilung entdeckt. Die Reihen der Streikenden standen während der ganzen Dauer des Kampfes geschlossen. Streikbrecher aus den eigenen Reihen gab es nicht. Und die Einigung, die die Arbeitererschaft so notwendig braucht in ihren Kämpfen, muß erhalten, gestärkt werden. Dann werden auch die kommenden Kämpfe weitere Erfolge bringen.

Gold- und Silberarbeiter.

Breslau. In Nr. 36 der Metallarbeiter-Zeitung vorigen Jahres erschien eine Korrespondenz aus Breslau, in der unter anderem gesagt war, daß die Silberwarenfabrikanten Lemor und Helm & Gräfe ein eigenes Verfahren erfunden hätten, sich billige Arbeitskräfte zu verschaffen. In allen möglichen Blättern würden durch Inserate Gold- und Silberarbeiter gesucht und ihnen hohe Löhne, dauernder, guter Verdienst in höhere Aussicht gestellt. Bei Beginn der Beschäftigung werde ihnen tatsächlich der versprochene Lohn gezahlt und die Behandlung durch die Meister sei die liebevollste und beste. Wenn die Kollegen aber ihren Umgang bewirkt hätten, mit ihren Familien und ihrem Hausgerät da seien, gewinne die Sache ein anderes Bild. Abzug auf Abzug erfolge. Die Arbeit werde geteilt, Chef und Meister zeigten ihr zweites Gesicht, weil sich der Arbeiter in einer Zwangslage befände. Nur müsse der Arbeiter um jeden Preis schaffen, sonst würde mit der Hungerpeitsche gedroht. Der Verdienst fiele in einzelnen Fällen bis auf 12 M. pro Woche und nur ganz geübte Arbeiter erreichten höchstens 24 M. — Durch diese Darstellung fühlte sich Herr Lemor beleidigt, er stellte gegen den Redakteur Scherm Beleidigungsanträge, die am 4. Mai 1911 vor dem hiesigen Schöffengericht verhandelt wurden. In der Verhandlung ist der Beweis für die in Nr. 36 vorigen Jahres gemachten Behauptungen fast vollständig gelungen. Die drei von uns vorgeschlagenen Zeugen haben bekundet, daß tatsächlich Wochenverdienste von 10 M. und darunter vorgekommen sind. Ferner haben wir in dem Betrieb Lohnkarten eingeführt, auf denen die Kollegen allwöchentlich ihren Verdienst zu vermerken haben. Einige dieser Lohnkarten wurden dem Gericht vorgelegt und durch sie festgestellt, daß selbst in diesem Jahre in verschiedenen Fällen die Verdienste bis auf 8 M. pro Woche herabsanken. Der Buchhalter der Firma war als Zeuge anwesend und bezeugte an der Hand des mitgebrachten Lohnbuches, daß Jahresverdienste in zwei Fällen bis zu 2000 M. zu verzeichnen seien, jedoch unsere Behauptung, daß Wochenverdienste von 8 M. in nicht sehr seltenen Fällen vorkommen, konnte er auch mit Zuhilfenahme des Lohnbuches nicht abstreiten. Was aber zur Bekräftigung geführt hat, das ist: die Firma habe ein eigenes Verfahren erfunden. Das Gericht sagte, der eine Fall (Bursch) könne nicht genügen, um von einem System zu reden, um man es dennoch, so könne nur die Arbeit, zu beleidigen, die Arbeit sei ein System wäre nicht bewiesen und daher müßte die Bekräftigung erfolgen. Außerdem wurde das Wort Hungerpeitsche als beleidigend angesehen. In dieser Beurteilung wäre die Arbeit der Beleidigung unweigerlich erfolgt. Der Vertreter der Firma plädierte auf eine sehr hohe Verurteilung, es gebe eine gewisse Presse, die es sich zur Aufgabe mache, die Arbeiter zu verhexen; dies müsse streng bestraft werden. Natürlich blieb ihm der Verteidiger, Herr Simon, nichts übrig. Das Gericht erkannte auf 50 M. Geldstrafe und Publikation des Urteils in der Metallarbeiter-Zeitung. — Aus den Schriftsätzen, die der Anwalt des Klägers dem Gericht einreichte, geht hervor, daß sich die Firma Lemor deshalb durch die inkriminierte Korrespondenz als geschädigt erklärte, weil nach deren Erscheinen nicht mehr so viele Angebote von Arbeitern erfolgten wie früher. Es ist nun nur nicht einzusehen, wozu die Firma vieler Angebote bedarf, wenn bei ihr die Verhältnisse für die Arbeiter so günstig liegen, wie sie durch ihren Anwalt in den Schriftsätzen an das Gericht behauptet liegt. Die Bekräftigung des „Preisfinders“ wird ihr die gewünschten Angebote auch nicht verschaffen.

Klempner.

Stettin. Der Stettiner Klempnerzweig ist nach vierzehnjähriger Dauer durch Abschluß eines Vertrages für zwei Jahre mit gutem Erfolg für die Arbeiter beendet worden. Der Vertrag sieht in seinen wichtigsten Positionen Minimallöhne in folgenden Altersklassen vor: im 1. Jahr nach beendeter Lehrzeit 37 % pro Stb. = 2. 40 = = = 3. 43 = = = 4. 47 = = = 5. 50 = = = 6. und in folgend. Jahren nach beendeter Lehrzeit 52 = = = Am 1. April 1912 erhöhen sich alle Löhne um 1 %, pro Stunde. Die Meister wollten von Minimallöhnen absolut nichts wissen, sondern in jeder Altersklasse noch den nötigen Spielraum haben. Wenn diese Position auch nicht voll befriedigt, so kann immerhin von einem sehr guten Erfolg gesprochen werden, denn die Klempnermeister schlugen noch Einreichung unseres Tarifes vor, die Lohnregulierung solle in folgender Weise vorgenommen werden: im 1. Jahr nach beendeter Lehrzeit 30 bis 35 % pro Stb. = 2. 35 = 40 = = = 3. 40 = 45 = = = 4. 45 = 50 = = = 5. 50 = 55 = = = 6. 55 = 60 = = = ältere Gesellen sollen erhalten 43 = 50 = = = Die Klempnermeister mußten demnach bei Abschluß des Vertrages bedeutend über ihren Vorschlag hinausgehen. Auch bedeuten die festgesetzten Minimallöhne einen erheblichen materiellen Erfolg, denn der Durchschnittslohn für ältere Klempner, und diese kommen bei der Bewegung besonders in Frage, betrug bisher 46,2 % und wird in Zukunft als Minimallohn 52 % betragen, was einer sofortigen Lohnerhöhung von 5,8 % gleichkommt. Neben diesen Zugeständnissen wurde noch eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung pro Woche erzielt, höhere Bezahlung der Ueberzeitarbeit, Entschädigung bei Arbeiten außerhalb der Stadtgrenze und Erhöhung der Montagegelder von 1,50 auf 2,25 M. pro Tag. Auch ist eine Regelung der Löhne der Rohrleger und bei den Helfern eine Lohnzulage erfolgt. Wenn auch nicht alles erreicht ist, so erklären sich die Klempner bei der Schwierigkeit der Situation im Klempnergewerbe und da es der erste Vertrag hier ist, einstimmig mit dem Resultat einverstanden. Eine seltene Erscheinung in Stettin: eine Bewegung wurde zur vollen Zufriedenheit der Beteiligten erledigt. Sache der Gesellen ist es nun, das Erreichte nicht nur fröhlich einzufühlen, sondern die Durchführung auch streng zu überwachen. Die Geschlossenheit und Einigkeit der Klempner dürfte die beste Garantie zur Einhaltung des Vertrages bilden.

Mechaniker.

Kassel. Nichtige Zustände in den Arbeitsverhältnissen sind bei der Metallgesellschaft S o h n für Optil und Mechanik in Ströttinghausen eingetreten. Die Firma, die früher selbständig war, aber seit dem 1. Januar dieses Jahres der Berliner Metallgesellschaft S o h n angegliedert ist, hat früher ein einigermaßen erträgliches Ver-

hältnis mit der Arbeitererschaft gepflegt. In allen die Arbeiterangelegenheiten betreffenden Fragen wurde der Arbeiterausfluß gehört und die Wünsche desselben berücksichtigt. Seitdem Herr Wagner, früher bei S o h n, Obermeister ist, und der Betrieb nach seinen Wünschen geleitet wird, ist das anders, aber nicht besser geworden. Statt Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen, brüskiert Herr Wagner die Arbeiter in unerbittlicher Weise. Eine Verhandlung mit dem Arbeiterausfluß beschämte er ganz ungeniert als Quasifakt. Bei Einführung der Arbeitskarte geht er in der rücksichtslosesten Weise vor, indem er die Arbeitspreise in der Regel so niedrig ansetzt, daß ein Verdienen über den Stundenlohn ausgeschlossen ist, vielfach wird dieser nicht erreicht. Obwohl die Art der Kalkulation sehr häufig jede Sachkenntnis vermissen läßt, droht Herr Wagner mit Kündigung, wenn der Stundenlohn nicht erreicht wird. Arbeiter, die auf die Inserate der Firma weit hergekommen sind, erhalten nach kurzer Zeit, wenn sie Herrn Wagner nicht passen, den Stuhl vor die Türe gesetzt. Als vor einigen Tagen wegen dieser Dinge der Arbeiterausfluß vorstellig wurde, sprach die Direktion, bestehend aus den Herren Dr. S o f f m a n n und v. S o h l e n u n d S a l l b a c h, Herrn Wagner ihr ausdrückliches Einverständnis mit seinen Maßnahmen in der Vergangenheit und auch in der Zukunft aus. Dabei stehen die heutigen Zustände im Betrieb im schreienden Widerspruch mit dem, was in einer Werkstättenversammlung am 9. Januar dieses Jahres der Direktor, Dr. S o f f m a n n, dem Arbeitern in Aussicht gestellt hat. Er sagte unter anderem: „Es hat unter Ihnen seit längerer Zeit ein gewisses Gefühl der Unzufriedenheit geherrscht, ob Sie Ihre Stellung bei der Firma S o h n auch als dauernd und dauernd einträglich ansehen können. Wir erklären Ihnen, daß Ihre Bedenken nicht gerechtfertigt sind.“ Dann ging Herr Dr. S o f f m a n n auf Vorschläge ein, die die Firma den Arbeitern machte, im Falle sie einen Vertrag auf zwei bis drei Jahre abschließen würden und sagte dann weiter: „Die obigen bestimmten Zugeständnisse lassen sich nur verantworten, da die Gewerkschaft vorliegt, daß das Geschäft sich heben und die Arbeit wachsen wird; daß damit eben auch für Sie die Möglichkeit wächst, mehr Geld zu verdienen, ist selbstverständlich.“ Nur, heute nach knapp vier Monaten, ist alles verfliegen. Die Versprechungen sind nicht nur nicht verwirklicht worden, sondern es sind gegen früher Verschlechterungen eingetreten und die Arbeiter sind herzlich froh, daß sie dem Rate ihrer Organisationsleitung gefolgt sind und sich nicht auf das Angebot der Firma, Einzelverträge abzuschließen, eingelassen haben. Sie haben so heute weitgehend die Möglichkeit, umgehindert sich bessere Arbeitsgelegenheit zu suchen, die infolge der äußerst guten Konjunktur in der mechanischen Industrie in Fülle und Fülle vorhanden ist. Und sie machen davon reichlich Gebrauch! Unseres Schatzes nach hat seit Januar die Arbeitererschaft schon ein- bis anderthalbmal gewechselt! In einer Versammlung am Montag den 15. Mai haben die beschäftigten Arbeiter zu diesen Zuständen Stellung genommen und, um besonders die von auswärts zureisenden Kollegen vor Schädigungen zu schützen, beschlossen, über den Betrieb die Sperre zu verhängen. Kein Metallarbeiter irgend einer Branche darf deswegen also bis auf weiteres bei der Firma Metallgesellschaft S o h n für Optil und Mechanik wegen Arbeit anfragen, noch welche annehmen. Der Betrieb ist unter allen Umständen streng zu meiden und es ist dem Herrn Obermeister Wagner zu überlassen, seine von sich behaupteten, von den Arbeitern aber noch nicht bemerkten Fähigkeiten der Direktion zu zeigen und die Arbeiten selbst herzustellen.

Metallarbeiter.

Sagen i. W. (S wurden streiche der Schwarz-Gelben.) Die „Christlichen“ gaben ein Flugblatt: „Freie Bundesgenossen“ heraus. Das veranlaßte den Deutschen Metallarbeiter-Verband, die bewußten Leuten der schwarzen Demagogen in einem Flugblatt: „Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip“ richtigzustellen. Und wir können konstatieren: Es hat eingetroffen. Am Donnerstag den 11. Mai verteilten wir das Flugblatt und für Freitag den 12. abends, beriefen die schwarzen Brüder bereits eine öffentliche Versammlung ein, um ihre aufgedeckten Schandthaten durch möglichst vieles Schimpfen zu verdecken. Dem Kollegen Ernst ging am Freitag morgen um 10 Uhr per Einschreibebrief ein Kaufzettel der „Christlichen“ zu, durch den freie Diskussion zugesichert wurde. Man hatte jedenfalls im „Christlichen“ Lager gedacht: Wenn die Einladung so spät eintrifft, wird es dem „Roten“ nicht möglich sein, zu kommen und wir können dann sagen: Er war zu feige, um sich in einer öffentlichen Versammlung zu veranworten. Aber durch diese „Christliche“ Rednung wurde den schwarzen Brüdern ein Strich gemacht. Obwohl wir im voraus mußten, daß bei den Schwarz-Gelben von einer freien Diskussion keine Rede sein kann, gingen viele Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zur Versammlung, bereits um 6 1/2 Uhr war der Feilhaberische Saal überfüllt. Kopf an Kopf standen die Metallarbeiter und harreten der Aussprache, die da kommen würde. Aber die schwarzen Brüder hatten es anders vor: ihnen war vor den vielen Metallarbeitern das Herz in die Hosen gerutscht. Bei Eröffnung der Versammlung erklärte S t r e i t b r e c h e r als Oberhaupt der Versammlung für eine „Christliche“ öffentliche Versammlung, zur Geschäftsordnung belame keiner das Wort. Es war nach den bisherigen Gepflogenheiten der Schwarzen klar, daß man das Versprechen nicht halten wollte, denn zu oft schon hatten diese Brüder öffentliche Versammlungen einberufen und auf der Tagesordnung „freie Aussprache“ stehen, ohne die Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zum Worte kommen zu lassen. Als ums Wort zu Geschäftsordnung gebeten wurde, erklärte man rund heraus: „Das gibt es nicht“ und gab dem „Christlichen“ A l e f das Wort. Diesen unterbroch Kollege Ernst und verlangte unbedingt das Wort zur Geschäftsordnung, um sich durch Versammlungsbeschluss freie Redezeit zu sichern, aber die kommandierten „Christlichen“ Schächeln brüllten ihn nieder. Sobald der Kollege Ernst versuchte, zur Versammlung zu sprechen, gaben 50 bis 60 fanatisierte „Christliche“ berartige Tierlaute von sich, daß es unmöglich war, sich verständlich zu machen. Es kam nun zu Sturmrufen, die vermindert worden wären, wenn die Schwarzen den Mut gehabt hätten, das Wort zur Geschäftsordnung zu geben. Als A l e f sah, daß es ohne wirklich freie Diskussion nicht abgehen würde, machte er von seinem angeblichen „Hausrecht“ Gebrauch und forderte den Kollegen Ernst, der nur das Wort zur Geschäftsordnung verlangt hatte, auf, die Versammlung zu verlassen, sonst würde der Hausfriedensbruchparagraf angewandt. Als dadurch bewiesen war, daß es den Schwarzen auf eine sachliche Aussprache nicht ankam, verließen unsere Kollegen, nachdem sie ein braufendes Hoch auf den Verband ausgedrückt hatten, den Saal und zogen zur Tonhalle, wo schnell eine Parallelversammlung veranstaltet wurde. Schnell hatte sich der Saal gefüllt, selbst auf der Galerie war kein Plätzchen mehr zu bekommen. Kollege Ernst referierte über das erbärmliche Verhalten der „Christlichen“ Arbeiterführer in Sagen-Schweim. Er wies nach, daß die Christenführer von Verrat zu Verrat eilen, daß ihre Verbalten bei Eiden & Co., bei Wittmann Nachfolger eine Kette von Niederträchtigkeiten darstellt. Der „Christliche“ Z u r R e i d e n ist nach Eröffnung des Flugblattes: „Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip“ zu Herrn Gerstein gelaufen, um sich befähigen zu lassen, daß er ein „braver“ Kerl sei. Dieser Christ sagte nach dem Vorstelligwerden der Kommission bei Eiden: „Das tue ich nie wieder (das Betteln für die fliehenden Gemeindefreier), und wenn es mein eigener Bruder wäre.“ Kollege Ernst wies weiter darauf hin, daß die Schwarzen bei der Firma Junke & Suel unseren Vertrauensleuten erklärten, wenn sie noch einmal bei einem „Christlichen“ Mitglied für den Verband agitieren, würden sie den Kollegen bei der Firma demanzieren. Bei der Firma Külling erklärte ein „Christlicher“ Vorstandsmitglied: „Wenn der Deutsche Metallarbeiter-Verband bei Külling vorbeigt, liefern wir sofort Streikbrecher.“ Summe mehr zeigt es sich, daß die schwarz-gelben Führer systematisch versuchen, die Arbeitererschaft zu verhexen. Das Sagenere nationalliberale Lager hat sich denn dieser Unternehmerrückzuggruppe auch liebevoll angenommen, es veröffentlicht Propagandaartikel für diese

Streikbrecherorganisation. In seinen Ausführungen ging Kollege Ernst nochmals auf die „christliche“ Verammlung ein und wies darauf hin, daß alle zu feige gewesen sei, in die vom Deutschen Metallarbeiter-Verband und Christ-Dunderschen Gewerbeverein einberufene Versammlung zu kommen, obwohl die Einladung dazu früher in seinen Händen gewesen sei als die, die er verweigert hat. Mit der Aufforderung, rastlos für den Deutschen Metallarbeiter-Verband weiter zu agitieren, damit auch der letzte Metallarbeiter gegen dem Verband zugeführt wird, schloß Kollege Ernst unter kläglichem Weisfall der Versammelten seine Ausführungen. Obwohl ein „Christenführer“ anwesend war, machte er von dem Rechte der freien Diskussion keinen Gebrauch. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige in der Tonhalle tagende öffentliche Metallarbeiterversammlung verurteilt ganz entschieden die schamlose Handlungsweise der Vertreter des „christlichen“ Verbandes, deren Tätigkeit darin besteht, die Arbeiterinteressen mit Füßen zu treten und dem Unternehmertum Handlangerdienste zu leisten. Ganz besonders hat sich dieses gezeigt bei den Differenzen bei Eiden & Co. Die Versammelten erkennen einzig und allein im Deutschen Metallarbeiter-Verband die richtige Organisation für die Metallarbeiter und versprechen, mit aller Kraft an dem Ausbau dieser Organisation zu arbeiten und das Vorgehen der „christlichen“ Führer überall in das rechte Licht zu stellen.“ Mit einem brausenden Hoch über den Deutschen Metallarbeiter-Verband schloß Kollege Eiden die von circa 1000 Personen besuchte Versammlung.

Hamburg. Arbeitsniederlegung auf der Werft von Blohm & Bop. Am Freitag den 13. Mai liefen 85 Dreher und Maschinenbauer die Arbeit nieder, und zwar griffen die Kollegen zu diesem Mittel, um den maßlosen, gänzlich willkürlichen Willkürherrschaften ein Ende zu machen. Gleich nach dem Werftarbeiterstreik wurde ein Meister namens Gulenfein eingestellt zu dem ausgesprochenen Zweck, Willkürherrschaft vorzunehmen. Den Arbeitern wurde ausdrücklich gesagt: „Gulenfein soll der Schlämperer auf der Galerie ein Ende machen.“ Dieser Meister (ein früherer Arbeitswilliger) zeigte sich denn auch als „Meister“ in der Kunst, Willkür zu revidieren, nur wurden die Abzüge so plump, so planlos, ganz willkürlich vorgenommen, daß von einer Meisterschaft nicht geredet werden kann. Die Folge war ein fortgesetzter Konflikt mit den Kollegen, der mit der Arbeitsniederlegung aufs höchste gesteigert war. Eine Kommission wurde vorstellig, doch wurden keine Abänderungen in Aussicht gestellt, man schritt sogar zur Maßregelung eines Kollegen. Damit nicht genug, am Montag den 15. Mai entließ man sogar einen Vertrauensmann von uns. Die Folge war, daß in einer Betriebsversammlung beschlossen wurde: „Wenn die beiden Gemäßregelten nicht wieder eingestellt werden und wenn weiter keine Garantien gegeben werden, daß die willkürlichen Willkürherrschaften unterbleiben, dann legt die gesamte Arbeiterschaft der Maschinenfabrik I und II die Arbeit nieder.“ Mit diesem Beschluß wurde eine Kommission vorstellig, aber auch dieser gelang es nicht, eine Einigung zu erzielen. Die Firma wollte die Dreher und die Maschinenbauer der Galerie nach Bedarf durch den Arbeitsnachweis wieder einstellen, jedoch mit Ausnahme der beiden Gemäßregelten. Als Antwort legten am 17. Mai die Arbeiter, wie beschloffen, die Arbeit nieder. Dieses Vorhaben mag als Beweis dienen, wie es auf den Werften in Hamburg gärt, wie ganz besonders die Hamburger Werftbesitzer mit aller Macht darauf an sind, das durch den Werftarbeiterkampf Erzwungene wieder illusorisch zu machen. Für uns ist das gleichzeitig eine Warnung, daß wir auf der Hut sein und den Vorgängen auf den Hamburger Werften die größte Aufmerksamkeit widmen müssen.

Höls a. Rh. (Siebenmonatskinder in der Waggonfabrik Herbrand & Co. in Höls-Ghrenfeld.) Auf die Schreiben der Firma, deren Inhalt wir in der letzten Nummer schon veröffentlichten, beschloffen die Streikenden einstimmig, die Arbeit am Montag den 15. Mai nicht wieder aufzunehmen. Trotz dieses Beschlusses hoffte aber die Direktion und Betriebsleitung, es würden sich doch eine Anzahl Arbeitswillige aus den Reihen der Streikenden finden, aber das hatten wir vergebens: nicht ein einziger Arbeiter von den 800 hat sich zum Klausenhergebegeben. Genau so wie Direktion und Betriebsleitung am Montag früh vor 7 Uhr schon auf ihrem Posten waren, so waren es auch die Streikenden, hatte es doch am Samstag schon geheißen, es würden am Montag auch die ersten Arbeitswilligen von auswärtig ankommen. Um 7 Uhr wurden die Tore der Fabrik weit aufgemacht, sämtliche Beamte harrten sehnachtsvoll der Dinge, die da kommen sollten. Gegen 7 1/2 Uhr wurde dann vom Ehrenfelder Bahnhof aus eine Maschine mit einem Personenzug nach Höls, und siehe da: es war ein Wagen voll zusammengepackter Leute, bewaffnet mit Revolvern und Messern, die die Firma Herbrand durch die Agenten der Witwe Müller in Wandsbeck hatte anwerben lassen. Auf den ersten Blick war zu sehen, daß jeder Streikende der Firma diese Elemente gönnen konnte. Kaum waren diese „unhübschen“ Leute zwei Stunden im Betrieb, als der Betriebsleiter zu einem Arbeitergesprächmitglied auf die Straße kam und ihn in Auftrag der Direktion ersuchte, doch den Arbeiteransturm zu veranlassen, zum Verhandeln zu kommen. Am Montagnachmittag wurden dann die Verhandlungen aufgenommen, führten aber bis zum 17. Mai noch zu keinem Ergebnis. Aus welchen Elementen der Trupp Arbeitswilliger zusammengesetzt war, geht am besten daraus hervor, daß, nachdem sie kaum zwei Stunden im Betrieb waren, schon ein Polizeikommissar in den Betrieb gehen und ihnen unterlagerte war, daß sie unter keinen Umständen die Streikenden mit Revolvern bedrohen dürften. Daß dem Herrn Betriebsleiter selbst auch und bange ist, zeigen die Worte, die er zum Arbeiterausgang sagte: „Leute, nun tut mir das nicht an und laßt mich mit diesen Leuten arbeiten.“

Aus dem Oberelss. Ausgerechnet der Herr Peter Bäder, Bezirksleiter des Zentrum-Metallarbeiterverbandes, ist es, der in der nun gefamungsbewandten Weise auftritt: Rastlos zu predigen. Im Laufe eines wohlvergnügten R-Blattbader Jesuitendogmatischen Jansari er über „sozialdemokratische Arbeit und Anstandslosigkeit“, weil er in einer unzulässig abgeholten Betriebsversammlung der Firma Schütz wegen seiner ungesetzlichen Schwindeldienste über den Deutschen Metallarbeiter-Verband von dessen Geschäftsführer als das erklärt wurde, was er ist. Das erzählt er mit der Ungehörigsten Weise eines „Christen“ um so hin, berührt aber hauptsächlich, warum gerade ihm eine solche Behandlung zuteil wird. Des Eingetragenen der Wahrheit über den Streik bei Schütz erwiderte man von ihm ja abzuwenden, als man es von seinem früheren „Lehrer“ im Falle des Streiks in Bobitz-Belitzschon hat erwidern können. Der Redner hat hier: „Gleiche Brüder, gleiche Kräfte“, was der Redner nicht genügt war. Seitdem durch Verhandlungen mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, dem „christlichen“ Verband und der Firma Schütz die Verhandlungen eingestellt wurden, die zur Wiederaufnahme der Arbeit führten, jenseits der „Christen“ Peter in Versammlungen und in der Presse seiner Kollegen über den Deutschen Metallarbeiter-Verband. So behauptet er, der Deutsche Metallarbeiter-Verband beziehungsweise dessen Geschäftsführer Götz sei in der schändlichsten Weise den „Christen“ in den Rücken gefallen und habe seine Mitglieder zum Einmächtig aufgeföhrt. Dabei haben die neuen Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in einer Versammlung gerade auf die Anführungen des Geschäftsführers Götz hin einstimmig beschloffen, daß die Einstellung der Arbeit die „Christen“ in ihrem Kampf zu unterstützen. Bäder behält also Behauptungen wider besseres Wissen auf. Wenn so jetzt es mit den weiteren Lehren aus „Christen“ organisiert Arbeiter sollen im Streik gehalten sein. Nach Angabe der Firma Schütz hatten 18 „christliche“ organisierte Arbeiter am Freitag den 23. April, morgens, für den Abend über die Einstellung verlangt. In der Streikversammlung am Abend wurden 24 Mann gewählt, die aber noch lange nicht alle den „Christen“ zugehörten, wie ja die Abgabe der Lohnzettel in dieser Versammlung zur Sprache nicht kam. Eine weitere Rede, die Bäder mit der Wahrheit unzufrieden, befiel er mit dem Ziel, zu zeigen, daß er mit Götz nicht. Dieses Gespräch haben glücklicherweise drei Jungen von uns mitgehört. Es hat am 23. April stattgefunden, als die Arbeiter schon ihre Abschiedsgrüße hatten. Bäder war nicht in der Lage, auf die bestimmten Aufträge des Geschäftsführers Götz, wieviel

Arbeiter „christlich“ organisiert und wieviel von diesen unterstützungsberechtig sind, zu antworten. Ja, es ist jetzt durch einen Brief Bäders an seinen Vertrauensmann im Schützischen Komitee festgestellt, daß er am 5. Mai, also nachdem der Streik, von bereits eine Woche beilegt war, noch nicht einmal um die, wieviel Arbeiter überhaupt bei der Firma Schütz beschäftigt waren. Wenn nun im Telefongespräch eine solche auf „christlicher“ Seite liegende Schlamerei dahingehend apokryphisch wird, daß da ein Streik von vornherein als ausfallslos erscheinen muß, so möchte das auch einem „christlichen“ Führer einleuchten, wenn ihm nicht alles Veranordnungsgefühl schon abhanden gekommen ist. Der Zweck der Werbung ist bei Bäder der, nach der Methode „Galtet den Dieb!“ der Öffentlichkeit und seinen eigenen Kollegen Sand in die Augen zu streuen, damit diese ja nicht zur Erkenntnis gelangen sollen, wie sie von ihren Führern, speziell wieder beim Streik bei der Firma Schütz, von Bäder hineingelegt wurden. Damit schließen wir die Akten über die neuesten Leistungen eines „christlichen“ Gewerkschaftssekretärs im Oberelss.

Planen i. B. Eigenartige Methoden befolgen die Geschäftsführer, um die Unternehmer gegen die Gewerkschaften hartnäckig zu machen und sich als die besten und unerschütterlichen zu zeigen. In seinem Drange, seinen wenigen Mitgliedern am liebsten Orte zu zeigen, daß man auch etwas für sie tue, hat sich eine der höchsten und bekanntesten Größen hingeworfen und dem Christ-Dunderschen Zeitungsheft folgenden bezerrgerührenden Erguß anvertraut: „Planen i. B. In der Maschinenfabrik von Endesfelder & Weiß arbeitet seit einem halben Jahre ein Mitglied unseres Gewerbevereins der Maschinenbauer. Den Herren Verbändlern, die dort beschäftigt sind, paßt dieses gar nicht. Auf alle möglichen Arten wurde der Gewerbevereiner schikaniert und mit den gemeinsten Redensarten beschimpft, um ihn aus dem Betrieb hinauszueilen. Da dieses nicht gelang, mußten andere Satten aufgezoogen werden. Jetzt erklärten die Verbändler diktorisch den maßgebenden Personen: Wenn der Herr nicht entlassen wird, ziehen wir unsere Leute aus dem Betrieb heraus. Das half. Die Leitung des Betriebes hatte bedauerlicherweise nicht das nötige Rückgrat und unser Kollege wurde entlassen. Natürlich schwillt dadurch den Verbändlern der Raus, und fühlen sie sich nun als Herren der Situation. Ein schöner Beweis ihrer Erblichkeit und Gleichheit. Ja, ja, es geht doch nichts über das wohlige Gefühl, seinen Arbeitskollegen den Lebensunterhalt geraubt zu haben. Dazu ein Gegenbild. Bei der Endesfelder Maschinenfabrik & Co. sind nur Gewerbevereiner und ein Verbändler beschäftigt. Von einer Beschäftigung des Verbändlers durch die Gewerbevereiner ist selbstverständlich nichts zu merken. Offen erklärte derselbe, daß sich mit den Gewerbevereiner besser zusammenarbeiten läßt, als mit seinen Kollegen. Wie kann es auch anders sein. Unsere Kollegen achten die Ueberzeugung anderer organisierter Mitarbeiter, während den Verbändlern die Bekämpfung einer anderen Ueberzeugung mit jedem Mittel als eine hohe Aufgabe gepredigt wird. Soffentlich steht halb die Arbeiterschaft ein, wo ihre Interessen am besten vertreten werden, ob in dem unüberwindlichen sozialdemokratischen Verband oder im Gewerbeverein.“ — Als unsere Kollegen dieses Geschreibsel zu Gesicht bekamen, äußerten sie mir gegenüber: „Der Schreiber dieser Zeilen kann doch auch nicht den leiblichen Versuch gemacht haben, den tatsächlichen Verlauf der Angelegenheit festzustellen.“ Nahe Menschen! Als ob den Geschäftsführern jemals daran gelegen hätte, die Wahrheit festzustellen. Wahrheitsluster darf man nicht unter ihnen suchen, die würde auch der selbige Drogen mit seiner Laterne nicht finden. Woran es ihnen ankommt, ist nur, Behauptungen aufzustellen, die die Gewerkschaften zu Kompromittieren geeignet sind, jeden Vorgang und jede Bewegung innerlich unserer Gewerkschaft beschuldigen zu daga. Die Tatsache, daß die Geschäftsführer sich fast in jeder Spalte ihrer Blätter mit uns beschäftigen, ist für uns ein sehr erfreuliches Zeichen. Es zeigt davon, daß unsere Kollegen sich allerorts kümmern und daß es bei uns kräftig vorwärts geht. Je erfreulicher unsere Entwicklung und Erfolge sind, desto größer der Reiz und die Mühsal der Geschäftsführer, desto giftiger ihre Schreibererei. Gehen wir einmal kurz dem Laubhand, auf den sich die Behauptungen der Geschäftsführer aufbauen, auf den Grund. Dabei möchte ich noch bemerken, daß der Vorgang, sich Ende März abgepflegt hat, während der „Kritik“ erst in der Nummer vom 12. Mai erschien. Seit einiger Zeit arbeitet bei der Firma Endesfelder & Weiß ein Mitglied des Christ-Dunderschen Gewerbevereins, namens Neumann. Während jenseit in dem Betrieb erzwungene Streikigkeiten unter den Kollegen nicht vorliefen und das Verhältnis zu Meistern und Firmeneinwohnern ebenfalls als ein erträgliches bezeichnet werden konnte, mußten sich unsere Kollegen seit der Anwesenheit des Gewerbevereiners bei jeder Gelegenheit angegriffen. Es dauerte auch gar nicht lange, da hatte man die Gewerkschaft, daß Neumann dabei seine Hand im Spiel hatte. Auf zwei unserer Kollegen hatte er es ganz besonders abgesehen. Anlässlich eines harmlosen Vorgangs, wie er wohl in jedem Betrieb einmal vorkommt (ein junger Kollege hatte etwa sieben oder acht in seiner Nähe befindliche Arbeitskollegen, darunter auch den Gewerbevereiner, mit Wasser bespritzt), zeigte er wieder diese beiden an, indem er behauptete, daß diese ihn bespritzt hätten, um ihn aus dem Betrieb hinauszueilen. Die Folge dieser Angelegenheit war die Entlassung eines dieser Kollegen. Nach sofortiges Vorbringen wurde gelang es uns, diese Entlassung rückgängig zu machen. Es wurde festgestellt, daß der betreffende Kollege nicht gespritzt hatte; Neumann war in Gegenwart des Chefs, des Prototypen und der beteiligten Arbeiter gewesen, daß er das auch gar nicht behaupten konnte. Der Kollege, der gespritzt hatte, meldete sich dann und Neumann mußte wieder gehen, daß er gegen ihn nicht das geringste einwenden konnte. Nachdem die hinterhältige Angeberei Neumanns festgestellt war, verlangten die Kollegen, da sie sich vor Neumann nicht mehr sicher fühlten, dessen Entlassung. So wurde beantragt, diesen Antrag der Firma zu übermitteln. Die Forderung, jemand zu entlassen, stellt man nicht gerne. So begab mich zu dem Zwecke, die Sache wenn möglich wieder einzuregeln, in das Kantor der Firma. Einer der Firmeneinwohner war nicht zu gegen. Der Prototyp ließ Neumann hartnackig und bestogte ihn über die Vorgänge im Betrieb. Neumann, der sich nicht konnte (er hielt mich, wie er sich später anderen gegenüber ausgesprochen hat, für eine Geschäftsperson), legte nun in einer Weise namentlich gegen die erwiderten beiden Kollegen los, wie ich es nicht für möglich gehalten hätte. Eine kleine Bittensache: Das sind Karikaturen, von denen man sich alles hersehen kann. Die sind zu allen Schändlichkeiten fähig. Das sind die reinen Hochverräter. Ich weiß ganz genau, wenn hinter etwas los ist, dann geht es von diesen zweien aus.“ In dieser heftigen Weise ging es fort. Am hat ich, die von Neumann angegriffenen Kollegen ebenfalls vorzurufen. Das geschah und Neumann wurde diesen in meinen und der beneidenden Jungen Weisen, wozu auch der Chef gekommen war, gegenübergestellt. Jetzt erklärte Neumann auf Befragen der genannten Kollegen, daß ihm niemals einer dieser Kollegen etwas zu laide getan habe und er noch niemals mit einem von diesen in Streit geraten war. Er war in Gegenwart unserer Kollegen nicht in der Lage, auch nur das allgeringste Nachsichtige über diese zu sagen. Neumann war eulardi und man wird es nun unseren Kollegen nachsichtig können, daß sie keine große Lust mehr hatten, mit diesem Neumann noch länger zusammen zu arbeiten. Die Firma sah ebenfalls ein, daß sie ihren Arbeiter dieses Geschäftsmann nicht länger zusammen lassen und es wurde uns gesagt, daß Neumann, sobald er seine Arbeit beendet hätte, entlassen werden würde. Das ist geschehen; wir dankten nur, daß alle Unternehmern so benachteiligt sein möchten, solche Elemente an die Spitze zu setzen, statt ihren Einflusses gegen die Gewerkschaften. Eigentlichlich berührt es uns aber, daß der „Kritik“ fünf im Regulator, dem Organ der Maschinenbauer, in der Christ-Dunderschen Zeitungsheft der Metallarbeiter werden darauf nicht aufmerksamer werden? Auf das höchste Geschreibsel eingegangen, das der zweite Abzug des „Kritik“ enthält, wird man wohl nicht erwarten.

Witten (Ruhr). Der Streik auf dem Stahlwerk Stöckum, an dem Formner, Kernmacher, Fuher, Dreher und Schlosser beteiligt sind, dauert ununterbrochen fort. Die Arbeitseinstellung erfolgte wegen verschiedener Mißstände, besonders wegen der willkürlichen Willkürherrschaften. Ausführlicher Bericht folgt in nächster Nummer. Zugang ist streng fernzuhalten.

Rundschau.

Reichstag.

Das Plenum des Reichstags beschäftigte sich auch in der Berichtswochen noch ausschließlich mit der Beratung der Reichsversicherungsordnung. Der Fortgang entsprach dem Anfang insofern, als die Sozialdemokratie beinahe ausschließlich debattierte und ihre Anträge mit ganz wenigen Ausnahmen von dem Trappistenblock mit wechselnden Mehrheiten niedergestimmt wurden. Die Arbeit, die die sozialdemokratische Fraktion bei dieser Gelegenheit leistet, ist aber nicht bergelich gewesen, weil sie geeignet ist, das Märchen zu zerstören, als ob die Sozialdemokratie im Parlament keine praktische Tätigkeit entfaltet. Das Gegenteil ist der Fall: kein einziger Antrag der Partei kann als sozial ungerechtigt oder als undurchführbar bezeichnet werden, es sind lediglich die Klatschen auf dem Geldbeutel der Reichen, die man ihnen entgegenstellen kann.

Ueberaus bemerkenswert ist, daß die verschworenen Schwelger immer dann bereit werden, wenn agrarische Interessen auf dem Spiele stehen. Dann kommt es ihnen auch einmal auf eine stundenlange Diskussion nicht an.

Einen wichtigen praktischen Erfolg erzielte die Fraktion durch ihren Antrag, die zivilrechtliche Haftung des fahrlässigen Unternehmers für alle die Fälle durchzubrüchen, in denen sowohl nach dem bestehenden Gesetz wie nach dem jetzt beratenen Entwurf die Hinterbliebenen eines durch Unfall Getöteten ohne jede Rente bleiben müßten. Die Beispiele, die der Abgeordnete Dr. Franke anführte, um die Notwendigkeit einer solchen Regelung zu beweisen, machten tiefen Eindruck auf allen Seiten des Hauses. Der Abgeordnete Semler berückte dann zwar, eine unbillige Regelung, angeblich bis zur dritten Lesung, in Wirklichkeit aber auf unabsehbare Zeiten, zu verschleppen, doch gelang es mit knapper Mühe, dieses Manöver zu durchkreuzen.

Den Höhepunkt erreichte die Diskussion bei der Festschreibung der Altersgrenze in der Altersversicherung. Seit Jahren hat sich der Reichstag immer wieder mit Anträgen aus den verschiedensten Parteien zu beschäftigen gehabt, die Grenze von 70 auf 65 Jahre herabzusetzen, also auf das Alter, das auch in Frankreich und England zum Bezug der Altersrente herabgesetzt ist. In der Kommission hatte nur die Sozialdemokratie diese Forderung, die den Wünschen der Versicherten ebenso wie den tatsächlichen Verhältnissen entspricht, aufgestellt; für die zweite Lesung war ihr die freisinnige Volkspartei zur Seite getreten, die einen wörtlich gleichlautenden Antrag einbrachte. Die Ausführenden, ihm zum Siege zu verhelfen, stiegen, als mindestens ein Teil der Nationalliberalen ihm zustimmen erklärte. Da aber fuhr die Regierung das schwere Geschütz ihres Unannehmbar auf. Zwei Staatssekretäre kämpften den heftigsten Kampf gegen eine anständige Verjüngung der Veteranen der Arbeit, und sogar der Reichstagsalter war herbeigeeilt, um diese Forderung des Unstandes und der Menschlichkeit zurückzuweisen. Hinter den Kulissen natürlich. Aber die Bemühungen der Bürokraten waren gewiß nicht von Erfolg gekrönt worden, wenn nicht die sogenannten Arbeitervertreter des Zentrums ebenfalls gegen die vitalsten Interessen ihrer Klassengenossen gekämpft hätten. Die Abgeordneten Beder (Arnberg) und Giesberts stellten sich in die schöne Aufgabe, die freiwilligen Regierungskommissare zu spielen. Sie taten so, als ob sie glaubten, die Regierung werde wirklich den ganzen Entwurf scheitern lassen, wenn die Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre herabgesetzt würde. Natürlich konnte davon gar nicht die Rede sein: die Regierung hätte nie und nimmermehr gewagt, gegen den Mehrheitswillen des Reichstags ihr Unannehmbar aufrecht zu erhalten. Das wäre ein lustiger Wahlschmerz geworden, wenn darüber der Reichstag aufgelöst worden wäre! Die Zentrumsdemagogen redeten ein langes und breites, die Herabsetzung der Altersgrenze sei nicht die wichtigste und dringendste Verbesserung, die man dem Entwurf einfügen müsse. Selbst wenn dem so wäre, dann ist noch immer festzustellen, daß diese Verbesserung unter allen Umständen hätte durchgeführt werden können. Der sozialdemokratische Antrag wurde denn schließlich mit 160 gegen 146 Stimmen abgelehnt. Unter der Mehrheit befindet sich neben dem Zentrum, das ein müßig die Veteranen der Arbeit verraten hat, ungefähr ein Duzend Nationalliberalen. Man kann also sagen, daß die Arbeiterfeinde aus dieser Partei im Bunde mit dem Zentrum die Forderung niedergestimmt haben. Das Zentrum wird sich nicht entblenden, im Lande draußen die Schuld ausschließlich den Nationalliberalen beizumessen. Um so notwendiger ist es, daß von unserer Seite alles zur Aufklärung der christlichen Arbeiter auch über das Verhalten des Zentrums selbst geschieht.

Voraussetzungen wird die Beratung der Reichsversicherungsordnung in der zweiten Lesung am 20. Mai abgeschlossen werden. Bevor dann die dritte Lesung beginnt, mit der man in einem oder in zwei Tagen fertig zu werden hofft, wird der schwebende Handelsvertrag und namentlich die Verfassung für Elsaß-Lothringen Gegenstand der Beratung sein. Die Elsaß-Lothringische Frage hat in der letzten Zeit außerordentlich an Bedeutung gewonnen, da es nicht ausgeschlossen ist, daß die Eroberung des Reichstagswahlrechts für Elsaß-Lothringen gelingt. Welche Bedeutung das für die allgemeine politische Situation namentlich in Preußen haben kann, liegt auf der Hand.

Die Stuttgarter Bürgermeistereiwahl und die Beamten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Wie bekannt, wurde am 12. Mai in Stuttgart ein neuer Oberbürgermeister gewählt. Mit der Stellungnahme zu dieser Wahl beschäftigte sich eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins am 4. Mai. Da es sich um eine wichtige Angelegenheit handelte, so ist es nicht zu verwundern, daß diese Versammlung flüchtiger besetzt war, als sonst üblich ist. So verlockend es nun auch wäre, an dieser Stelle einen wahrheitsgetreuen Bericht von der Versammlung zu bringen, umso mehr, als gewisse Parteiblätter verlogene Sensationsnachrichten darüber in mehr oder weniger böswilliger Weise breitgetreten haben, so müssen wir doch leider davon absehen, weil dies weit über den Rahmen unseres Blattes hinausgehen würde. Die Versammlung stellte bekanntlich den Genossen Dr. Lindemann als sozialdemokratischen Kandidaten zur Oberbürgermeisterwahl auf. Die Art der Aufstellung geschah aber entgegen dem Willen und Absichten der Stuttgarter Parteileitung, an deren Spitze der Redakteur Westmeyer und der Parteisekretär Bullmer stehen. Die Masse der Groß-Stuttgarter Parteigenossen (soweit diese in das unzulängliche, von der Parteileitung für die Versammlung ausersehene Lokal hinein konnte) hatte also gegen den Willen der Parteileitung entschieden, was in anderen Orten

und anderen Organisationen bekanntlich zumeist ebenfalls vor- kommt. Da wir leider nicht auf Einzelheiten eingehen dürfen, so können wir nur bemerken, daß die Parteiverammlung zu ihrer Entscheidung vollst. berechtigt war. Sie und ihr Kandidat haben weder das Programm der sozialdemokratischen Partei noch irgend einen Parteitagbeschl. verlegt. Die Versammlung hat lediglich einen von einer früheren Stuttgarter Parteiverammlung in unnötig erregter Stimmung gefassten Beschl., der der Kandidatur Lindemanns im Wege stand — wenn diese nicht von vornherein aus- schließlich erscheinen sollte — aufgehoben, soweit die Person des Genossen Lindemann in Frage kam und ihm ferner das Recht zugebilligt, mit Vertretern der Krone und der Staatsregierung in persönlichen Verkehr zu treten, soweit dies zur Ausübung seines Amtes als oberster Beamter der württembergischen Haupt- und Residenzstadt notwendig ist.

Die bürgerlichen Parteien gerieten durch die Auffstellung eines sozialdemokratischen Kandidaten, der die bürgerlichen Kandidaten an Fähigkeiten anerkanntermaßen weit übertraf, in heillosen Schrecken. Mehrere Kandidaten traten zurück und es war erst ein „jemlich schäbiges Wahlmandat“ notwendig, um es zu ermöglichen, daß unser Genosse den Sieg entrieffen wurde. Dieser hatte aber trotz der mangelhaften Wahlvorbereitungen doch soviel Stimmen erhalten, daß wir bei der in zehn Jahren erfolgenden Neuwahl mit ziemlicher Sicherheit auf Erfolg rechnen dürfen. Um aber auf einen solchen hinarbeiten zu können, ist es notwendig, daß die Streitigkeiten unter den Stuttgarter Parteigenossen, die schon seit vielen Jahren bestehen, sich während der letzten Jahre aber leider ganz besonders zugespitzt haben, so bald wie möglich ein Ende nehmen. Durch alles das, was früher geschehen ist oder geschehen sein soll, sollte endlich einmal ein Strich gemacht werden. Leider besteht aber bei einigen Stuttgarter Genossen wenig Neigung dazu. Nur ein Beispiel. Das Hamburger Echo bringt in seiner Nr. 112 vom 14. Mai einen sehr langen Leitartikel, der ihr nur von einer Person (oder vielleicht auch von mehreren Personen) geliefert sein kann, die der Stuttgarter Parteileitung mindestens sehr nahesteht. Der Artikel ist in einer Weise tendenziös zusammengebaut, daß sich unbedingt noch weitere Erörterungen daran anschließen werden. Wie gesagt, können wir hier leider nicht auf Einzelheiten eingehen. Dazu, daß wir uns hier überhaupt mit der Sache befassen, berechtigt uns jedoch folgende Stelle im „Artikel“ des H. E.:

„War bisher die Versammlung ruhig, hatte sie selbst den gewagtesten Behauptungen Weisfall gependet, so änderte sich das Bild mit einem Schläge, als Westmeyer entgegnete. Es entstand oft ein Lärm, den selbst eine Glocke von der Höhe, wie sie auf den Parteitag gebracht wird, nicht zu durchdringen vermochte. Wie verächtlich wird, was der Tumult an dem Tische am stärksten, wo Beamte des Metallarbeiter-Verbandes, darunter Scherm, saßen.“

Dies ist auch eine der vielen — sagen wir ganz sachlich — Unwahrheiten, die der „Artikel“ enthält, wie es ja gewiß auch jedem, der den Artikel gelesen hat, auffallen mußte, daß nicht gesagt wird, warum dem Westmeyer unterbrochen wurde. Von den Angeestellten unseres Verbandes nahmen 17 an der Versammlung teil. Durch die zitierte Beschuldigung wurden fünf berührt, die an der gleichen, ziemlich langen Zischreihe, aber auch nicht alle unmittelbar beieinander gesessen hatten. Jedoch nicht an ihrer Zischreihe war der Tumult am stärksten; auch haben ferner noch die fünf Beamten des Metallarbeiter-Verbandes sich im Gegenteil bemüht, den Tumult zu dämpfen. Die Angegriffenen ersuchten nunmehr die Redaktion des Hamburger Echo, folgende Aufforderung aufzunehmen:

„In dem Leitartikel des Hamburger Echo Nr. 112 vom 14. Mai wird behauptet, daß in der Stuttgarter Parteiverammlung, die den Genossen Dr. Lindemann als Kandidaten zur Bürgermeistereiwahl aufstellte, bei der Entgegung Westmeyers der Tumult am stärksten an dem Tische gewesen sei, wo Beamte des Metallarbeiter-Verbandes, darunter Scherm, saßen.“

Die unterzeichneten Beamten des Metallarbeiter-Verbandes, die dabei in Betracht kommen, fordern hierdurch den Einsender des Berichts auf, sich ihnen zu nennen, damit die Angelegenheit durch die hiesigen Parteinstanzen ordnungsgemäß erledigt werden kann. Stuttgart, den 16. Mai 1911.

Joh. Scherm. U. Quif. E. Scharfsmidt. Fritz Schulz. Wilh. Eggert.

Die Redaktion des Hamburger Echo brachte die Aufforderung in ihrer Nr. 115 vom 18. Mai und knüpfte daran folgende Bemerkung: „Ob man in Stuttgart jetzt eine heiläufige Bemerkung herausgreifen und daran eine Haupt- und Staatsaktion knüpfen möchte? Uns scheint es richtiger, daß die Stuttgarter und württembergischen Genossen, wenn auch nur nachträglich, über die Debatten und sonstigen Vorgänge in jener Versammlung informiert würden. Sonst könnte es den Anschein haben, als ob man ihre Aufmerksamkeit von der Hauptsache ablenken wollte.“

Das Hamburger Echo hat vollständig daneben. Ihre angebene Vermutung, als seien wir fünf nur vorgeschoben worden, ist gänzlich unzutreffend. Uns lag nur daran, uns wegen der gegen uns erhobenen Beschuldigung auf lokalem Wege zu rechtfertigen, und da wir der Redaktion des Hamburger Echo einen Bruch des Redaktionsgeheimnisses nicht zumuten können, so blieb uns nichts anderes übrig, als an den Mut des für uns anonymen Einsenders des Artikels zu appellieren. Wir werden ja sehen, wie weit der Mut des Einsenders geht. Die Schoreaktion merkte aber offenbar, daß sie von Stuttgart aus grob angefeindet worden ist und da mag ihr schon ein wenig schwindeln. Im übrigen mag sie ihren guten Rat für sich behalten, um so mehr als sie wiederholt gezeigt hat, wie unfähig sie ist, sich in süddeutsche Angelegenheiten hineinzuwenden.

Wir hatten nicht die Absicht, den Raum der Metallarbeiter-Zeitung für diese Angelegenheit in Anspruch zu nehmen. Der Schmähartikel des Hamburger Echo hat aber sehr schnell seinen Weg in die Leipziger Volkszeitung (Nr. 111 vom 16. Mai) gefunden. Mitglieder der Redaktion dieses Blattes haben ja schon wiederholt gezeigt, welche Infamie sie entwickeln können, wenn es sich darum handelt, Mitglieder der eigenen Partei herunterzureißen. Was dieses Parteiblatt bei dieser Gelegenheit geleistet hat, ist wohl eine der stärksten Verleumdungen, die jemals vorgekommen ist. Es läßt dem Artikel des Hamburger Echo eine Einleitung vorausgehen, in der es sein eigenes Gift unter anderem wie folgt verpflügt:

„Die allgemeine Parteiverammlung vom 4. Mai freilich, die diese Vorschläge der Parteileitung zum Beschluß erheben sollte, stand völlig unter dem Einfluß der Revisionsisten, besonders der Gewerkschaftsleiter vom Metallarbeiter-Verband. Sie gaben den Leiter der Stuttgarter Parteiverammlung nieder und beschloß die Kandidatur Lindemann unter Befreiung von allen ihm lästig erscheinenden Parteibehältnissen.“

Man muß sich dabei vergegenwärtigen, daß der Einfluß der Angeestellten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, dank der systematischen Hege gegen die Gewerkschaftsbeamten auf die Stuttgarter Parteiverammlung so gering ist, daß mancher von ihnen es vorzieht, den Parteiverfassungen fernzubleiben, weil er es satt hat, sich stets anzurempeln und beleidigen zu lassen. Ferner verdient noch hervorgehoben zu werden, daß in Parteiverfassungen wiederholt mit eigentümlicher Promptheit Anträge auf Schluß der Debatte erschienen und auch angenommen wurden, wenn An- gestellte unseres Verbandes sich zum Worte gemeldet

hatten. Man kann daraus sehen, wie weit es uns möglich ist, die örtlichen Parteiangelegenheiten zu beeinflussen. Die Redaktion der Leipziger Volkszeitung scheint sich jedoch einzubilden, einen Freibrief für die größten Ehrabschmeideereien zu haben. Einen Schutz dagegen gibt es wohl nicht. Wir sind darum gezwungen, uns selber zu wehren und werden dies auch mit aller durch die Sache gebotenen Rücksichtslosigkeit besorgen. Für diesmal mag der gewissenlose Urheber des Schmähartikels in der Leipziger Volkszeitung die verdiente Richtigung erhalten, indem wir hervorheben, daß sein Erguß dem gelben Bund in dessen Nr. 21 als „Material“ zu weiteren Verleumdungen dient. Eine Gefinnungsgegenenschaft, auf die die Leipziger Volkszeitung wahrlich stolz sein darf!

Man sollte es nicht für möglich halten, daß Leute, die die Worte „demokratisches Prinzip“, „Unterordnung des Willens der Führer unter den der Masse“ u. s. w. in Munde führen, so wenig guten Willen zeigen, ihren eigenen Worten nachzugehen. Die für die Verfasserschaft des Artikels im Hamburger Echo in Frage kommen können, sind samt und sonders solche Parteimitglieder. Der Artikel im Hamburger Echo ist weiter nichts als ein Nachgeakt dafür, daß die Masse der Stuttgarter Parteigenossen einmal ausnahmsweise dem Willen ihrer „Führer“ nicht folgte. Darum der Schmähartikel im Hamburger Echo. (Wir sind, nebenbei bemerkt, nicht die einzigen, die darin angefeindet werden.) Wir sind es ja allmählich gewohnt geworden, daß der erste Beste in der Partei glaubt, auf uns seinen Dreck abladen zu können und man könnte ja lachen zu dem Spiele, um so mehr, als die von uns so gut wie von jedem andern vertretenen Prinzipien der sozialdemokratischen Partei dadurch nicht berührt werden. Aus der mit gutem Bedacht gerade im Hamburger Echo erfolgten Veröffentlichung der Verleumdungen offenbart sich aber das Bestreben, die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (und besonders die Hamburger) gegen dessen Angehörige noch weiter aufzuheizen und die Debatten der bevorstehenden Generalversammlung zu vergiften. Das Ganze läuft auf eine unsaubere Stimmungsmacherei hinaus. Wie weit diese gelangt, wird sich ja zeigen. Wir aber waren daraufhin unseren Kollegen eine Darstellung des wahren Sachverhalts schuldig, die von jedem objektiven Denkenden und jeder Parteinstanz zu jeder Zeit nachgeprüft werden kann.

Die „Schwarze Listen“ entstehen.

Wie oft in unglaublich leichtfertiger, fast möchte man sagen ge- wissenloser Weise, Arbeiter dem Hunger überliefert werden sollen, wird durch folgendes bewiesen. In der Eisen- und Metallgießerei, G. m. b. H. in Etlingen, bestand zwischen der Firma und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband ein Tarifvertrag, der am 1. April ablief. Wegen seiner Erneuerung fanden am 14. März Verhandlungen statt. Ueber die tägliche Arbeitszeit und die Lohn- zahlungsperioden wurde eine Verständigung erzielt, in bezug auf die Löhne wurde von dem für die Firma die Verhandlung füh- renden Geschäftsführer F. I. M. er erklärt, er müsse nochmals mit seinem Kompanon darüber Rücksprache nehmen. Er versprach baldige schriftliche Antwort.

Statt aber dem gegebenen Versprechen nachzukommen, verschickte der Verband süddeutscher Eisengießereien noch während der Verhandlungen folgendes Rundschreiben:

Verband Süddeutscher Eisengießereien. Durlach, 16. März 1911.

Vertraulich!

Die Eisen- und Metallgießerei Etlingen, G. m. b. H. (Ge- schäftsführer: Bruno Illmer) in Etlingen, teilt mit heute mit, daß die nachstehend bezeichneten Former ihre Kündigung heute ein- zureichen beabsichtigen, und zwar aus folgendem Grunde:

Die Eisen- und Metallgießerei Etlingen ließ sich leider vor ungefähr einem Jahre dazu herbei, mit ihren Handformern durch den Metallarbeiter-Verband einen Tarifvertrag einzugehen, welcher heute abgelaufen ist. Der Metallarbeiter-Verband trat nun an die Firma inzwischens heran, mit dem Verlangen, den Tarif wieder zu erneuern mit folgenden Forderungen:

1. achtstägige Auslösung,
2. 55 % Minimalstundenlohn ohne Rücksicht auf Qualität des Formers,
3. 9/10 stündige Arbeitszeit.

Nach dem alten Tarifvertrag war die Löhnung eine vierzehntägige mit dem wöchentlichen Vorschlagslohn, 47 % Stundenlohn und zehnstündige Arbeitszeit, jedoch mit zwei Wesperrpausen von zu- sammen einer halben Stunde, welche als Arbeitszeit gerechnet wurden.

Die Eisen- und Metallgießerei Etlingen lehnte es ab, auf die neuerdings gestellten Forderungen einzugehen mit dem Bemerkten, daß ja die Löhnung schon sovielso nahezu eine wöchentliche sei, daß ferner die Leute meistens in Accord arbeiten und über 60 % pro Stunde verdienen und daß die wöchentliche Arbeitszeit ohnehin schon tatsächlich 9 1/2 Stunden betrage.

Sie möchte Sie nun bitten, von Vorstehendem Vormerkung zu nehmen und entsprechend zu verfahren, falls der eine oder andere der unten bezeichneten Former sich wegen Arbeit an Sie wenden sollte. Hochachtungsvoll (gez.) Schaber.

(Folgen die Namen der Former.)

Abgesehen davon, daß dieses „vertrauliche“ Geheimzirkular einen großen Verstoß gegen Treu und Glauben bedeutet, enthält es noch bewusste Unwahrheiten. Die Former hatten am 16. März die Kündigung nicht eingereicht und auch nicht die Absicht gehabt, dies zu tun, was dem Herrn Illmer genau bekannt war. Uebrigens besteht im Betrieb überhaupt keine Kündigung. Unwahr ist auch die Behauptung, die Former wollten Minimallohn ohne Rück- sicht auf ihre Qualität. Auf die Einwendungen der Firma über die Leistung der Former war man zu dem Vorschlag bereit, für jüngere Leute eine besondere Lohnstufe einzuführen. Unrichtig ist, daß die Firma bisher schon nahezu eine wöchentliche Löhnung hatte. Ferner ist die Mitteilung irreführend, daß Herr Illmer es ablehnte, auf die gestellten Forderungen einzugehen, richtig ist viel- mehr, daß man sich über zwei der Differenzpunkte bereits ver- einigt hatte. Um so frivoler war das ganze Vorgehen der Firma.

Am 23. März wurde die Firma an ihr Versprechen erinnert. Darauf lief folgender Antwort ein:

Etlingen, den 26. März 1911.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Karlsruhe.

Antwortlich Ihres Schreibens vom 23. dieses Monats teilen wir Ihnen höflich mit, daß es uns leider nicht möglich ist, höhere Löhne zu gewähren und wollen wir erst abwarten, wie sich die größeren Eisereien zur Erhöhung der Löhne verhalten. Erst dann kann von einer Erhöhung der Löhne gesprochen werden.

Hochachtungsvoll
Eisen- und Metallgießerei Etlingen, G. m. b. H.: F. I. M. er.

Erst auf diesen ablehnenden Bescheid hin wurde die Frage der Arbeitsniederlegung, erörtert. Als Herr Illmer wegen der schwarzen Listen von den Arbeitern zur Rede gestellt wurde, wußte er zur Entschuldigung nur anzuführen: „Wenn es gewußt hätte, daß die Arbeiter diese schwarzen Listen in die Hände be- kommen, so hätte er sie nicht geschrieben.“ In der Verlegenheit versprach er, sie zurückzugeben. Aber auch dieses Ver- sprechen hat er nicht gehalten.

Am schwersten zu verurteilen ist bei diesen Vorgängen das Ver- halten des Verbandes süddeutscher Eisengießereien. Ohne die So- chläge zu prüfen, ohne die gelungene Untersuchung, lediglich auf die Angabe des Geschäftsführers Illmer hin, ließ dieser Verband Familienblätter brotlos zu machen. Wenn dieser Verband, der nach diesen Vorläufern kaum mehr als verhandlungsfähig betrachtet werden kann, immer so ge-

wissenhaft arbeitet, dann hat er allerdings Ursache, nur „vertrau- liche“ Mitteilungen zu machen. Und angesichts solcher Praktiken haben die Unternehmer noch den Mut, über Terrorismus der Ar- beiter zu schimpfen.

Vom Schnapsbottel.

Die Verbrauchsabgabe für Branntwein ist im Rechnungsjahr 1910/11 gegen den Vorschlag um 22,5 Millionen Mark zu rückgeblieben. Die letzte amtliche Statistik belagt nähere Angaben über die Branntweindrennerei und -besteuerung im deut- schen Branntweinverbrauchsgebiet für das Betriebsjahr 1909/10. In diesem Jahre wurden im ganzen 3 641 889 Hektoliter Alkohol her- gestellt, also gegen die Vorjahreserzeugung (4 255 121 Hektoliter) 613 232 Hektoliter — 14,4 Prozent weniger. Der Hauptteil der Mindererzeugung entfällt auf die landwirtschaftlichen Kartoffel- brennereien (— 470 828 Hektoliter) und die gewerblichen Getreide- brennereien (— 79 749 Hektoliter), dann folgen in erheblichem Maß- stand die landwirtschaftlichen Getreidebrennereien (— 29 564 Hektol- iter) und die Melassebrennereien (— 13 408 Hektoliter).

In den freien Verkehr wurden gefloßt: Wegen Entziehung der Verbrauchsabgabe (abzüglich der gegen Vergütung der Verbrauchs- abgabe ausgeführten Extraktbranntweine und Branntwein- fabrikate) 1 769 222 Hektoliter Alkohol (1908/09: 2 592 388 Hektol- iter), gegen Entziehung des Zolles 13 905 Hektoliter Alkohol (1908/09: 58 234 Hektoliter). Im ganzen ergab sich hieraus für Ge- nußzwecke eine Menge von 1 783 027 Hektoliter Alkohol — 2,8 Liter auf den Kopf der Bevölkerung, gegen 2 650 622 Hektol- iter — 4,2 Liter pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 1908/09, das ist ein Rückgang um 1,4 Liter, also um ein volles Drittel des Gesamtkonsums vom Jahre 1908/09. In den letzten zwanzig Jahren hat der Branntweinverbrauch zwischen 3,8 und 4,7 Liter auf den Kopf geschwankt, wobei die Veränderungen von Jahr zu Jahr höchstens 0,3 Liter betragen haben. Der jetzige große Rück- gang ist natürlich fast ausschließlich auf den Schnapsbottel zurück- zuführen, was sogar das Schatzamtverblatt Die Post in seiner Nr. 208 vom 2. Mai zugeben muß; was nicht auf dieses Konto kommt, ist der neuen Steuer zuzuschreiben. Die Einnahmen aus der Branntweinverbrauchsabgabe gingen trotz Steuerreform von 187 Millionen Mark im Jahre 1909 auf 153 Millionen im Jahre 1910 zurück. Diese glänzenden Erfolge des Schnaps- bolykts sind ein kräftiger Impuls, den begonnenen Kampf mit vermehrtem Eifer fortzuführen.

§ 153.

Vor der Strafkammer 4 des Hamburger Landgerichts, kam am 10., 11. und 12. Mai ein großer Streitprozeß zur Ver- handlung. Der Körperverletzung, der Nötigung und des Vergehens gegen den § 153. der Gewerbeordnung angeklagt waren die Kol- legen Schwemmer, Bold und Heimann. Daß die Vor- untersuchung mit großer Gründlichkeit geführt worden ist, beweist die Tatsache, daß die beiden ersten Angeklagten sich etwa sechs Monate lang in Untersuchungshaft befunden haben. Es waren 46 Zeugen geladen. Die zur Verhandlung stehenden Vorgänge sollen sich am Morgen des 19. August 1910 abgespielt haben. Als die Streit- brecher sich nach der Kullankwerft überlegen lassen wollten, sollen einige von diesen nützlichen Elementen von Streikenden angehalten, mißhandelt und gewaltsam nach dem Streikbureau geschleppt worden sein. Als Hauptzeuge war ein zurzeit in einem österreichischen Regiment dienender früherer Streikbrecher namens Spiklopf in voller Uniform erschienen. Dieser wiederholt vorbestrafte Zeuge, der erst vor kurzem eine ihm vom Militärgericht wegen Diebstahls zuerkannte Gefängnisstrafe von vier Monaten verbüßt hat, wurde die Angeklagten gebüßig eingepudert, in welchem Bemühen er von einem Herrsch-Dunderstein und einem andern erheblich vorbestraften Arbeitswilligen unterstützt wurde. Die Zeugenausagen widersprachen einander sehr stark. Zunächst sind die Angeklagten auf Grund der von den Arbeitswilligen gegebenen äußeren Be- schreibung in Haft genommen worden, wobei die Kopfschädigung des Angeklagten S. entscheidend war für dessen Mißtrauenshaft. Nach- träglich stellte sich aber heraus, daß S. keine Wille, sondern einen Hut getragen hat. Von S. wird sogar festgestellt, daß er die Auf- forderung an die Streikenden erlassen hat, die Arbeits- willigen nicht zu berühren. Das Gericht stellte fest, daß drei Arbeitswillige Schläge erhalten haben und dann nach einer Wirtshaus geschleppt worden sind, welche Mittelsten der Staats- anwalt in gefesselter Kette mit sieben Monaten Gefängnis geschädigt wissen wollte. Das Gericht verurteilte S. wegen Körperverletzung, Freiheitsberaubung und Nötigung zu vier Monaten zwei Wochen und S. wegen der letzten Delikte zu einem Monat Gefängnis, während B. freigesprochen wurde. (B. hat ebenfalls sechs Monate in Untersuchung gefessen.)

Da die Schatzmacher dieses Streikbottel und den damit ver- bundenen „Terror“ nach allen Regeln der Kunst ausflachten werden, wollen wir bemerken, daß der Vorstehende, Landgerichtsdirektor Dr. Schulke, dem elken Verteidiger, Dr. Geiz, darin zu- stimmte, daß der große Werftarbeiterstreik, an dem sich 10 000 Personen beteiligten, im allgemeinen ruhig, ja muster- haft verlaufen sei.

Eine „christliche“ Geheimkonferenz

hat, wie die Münchener Post in ihrer Nr. 112 vom 14. Mai mitteilt, am 29. März in München stattgefunden. Die Teilnehmer waren zu strengster Geheimhaltung verpflichtet. Auf der Tages- ordnung standen: Arbeiterkandidaturen, Wahl- parole der christlichen Arbeiter und Gründung einer eigenen Tagespresse. Generalsekretär Steger- wald (Mün.) meinte, man müsse erst die eigenen Reihen noch besser stärken. Man sei noch zu schwach, um den Bürgerlichen entgegenzutreten zu können. Wollte die christliche Arbeitergesellschaft schon jetzt eine eigene Wahlparole ausgeben, so würde man ein gründliches Fiasko erleben, denn die Geistlichen — besonders die auf dem Lande — würden es doch wieder verstehen, die Arbeiter an sich zu ziehen und zur Stimmenabgabe für das Zentrum zu bestimmen. Man dürfe sich nicht im eigenen Lager verhaseln, denn auf dem Lande seien die Massen, die man noch für die christliche Bewegung gewinnen könne. Würde man bei der Wahl etwas gegen das Zentrum unternehmen, so würde den christlichen Gewerkschaften der Boden ab- gegraben. In der Debatte wurde die Ansicht geäußert, für die Durchführung einer eigenen Wahlparole seien die christlichen Arbeiter noch nicht verlässlich genug und in den Städten würden sie ohnehin zu den Sozialdemokraten abdriften. In den Städten hätten die freien Gewerkschaften ja schon einen ungeheuren Vor- sprung und man würde nur diesen mühen, wenn es zu Differenzen mit dem Zentrum komme.

Wie diese „christlichen“ Gewerkschaftsführer ihre Mitglieder ein- jagten, geht aus der auf der Konferenz gefassten Bemerkung her- vor, was die Gründung einer eigenen „christlichen“ Tages- presse anlangt, so stehe die Sache leider so, daß die christlichen Arbeiter sich mehr dafür interessieren, wenn ein „Patil mit sechs Füßen“ auf die Welt komme, als um die christliche Politik, die Sozial- reform und ähnliche Dinge. Zudem würden, wenn eine solche Gründung zustande komme, die bürgerlichen Zentrum- s- läuter sofort über die christlichen Gewerks- chaften herfallen und sie abraufen. . . Dringend nötig sei es, die christlichen Arbeiter von Verwirrungen abzulösen und sie besonders von dem Gedanken der sieben Arbeiter- kandidaturen abzurufen. Man könne heilfro- hen einen Arbeiterabgeordneten bringen. Deshalb müsse man die Parteileitung höflich bitten, den Arbeitern wenigstens eine sichere Kandidatur einzuräumen. Sehr herbe geurteilt wurde über das in München erscheinende Blatt Der Arbeiter, das Organ des Verbandes süddeutscher katholischer Arbeitervereine. (Dieses Blatt erscheint wöchentlich im Anfang der Metallarbeiter-Zeitung, bringt jedoch, auf deren Format

